SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Ostdeutschland trifft Nachhaltigkeitsforschung - fruchtbare Spannungsfelder für die Entwicklung neuer Perspektiven in Ostdeutschland

Nölting, Benjamin; Keppler, Dorothee; Böhm, Birgit

Postprint / Postprint
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Nölting, B., Keppler, D., & Böhm, B. (2008). Ostdeutschland trifft Nachhaltigkeitsforschung - fruchtbare Spannungsfelder für die Entwicklung neuer Perspektiven in Ostdeutschland. *Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst soFid*, Gesellschaftlicher Wandel in den neuen Bundesländern 2008/1, 9-42. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-202073

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Ostdeutschlandforschung trifft Nachhaltigkeitsforschung – fruchtbare Spannungsfelder für die Entwicklung neuer Perspektiven in Ostdeutschland[1]

Benjamin Nölting, Dorothee Keppler, Birgit Böhm

Zusammenfassung

In diesem discussion paper werden die Herangehensweisen und Ergebnisse der Ostdeutschlandforschung und Nachhaltigkeitsforschung einander gegenübergestellt. Ziel ist es, mögliche Ansatzpunkte für eine Verknüpfung der Forschungsansätze sowie gemeinsame Forschungsfragen zu identifizieren.

Sowohl Ostdeutschlandforschung als auch Nachhaltigkeitsforschung befassen sich mit gesellschaftlichen Wandlungsprozessen. Beide Forschungsstränge suchen nach langfristig tragfähigen Entwicklungsperspektiven und Lösungsansätzen für akute gesellschaftliche Problemlagen. Dennoch hat es bislang aufgrund der sehr unterschiedlichen methodischen und theoretischen Herangehensweisen sowie der inhaltliche Schwerpunktsetzungen wenige Überschneidungen zwischen beiden Forschungsfeldern gegeben. Erste Verknüpfungsmöglichkeiten deuten sich in einigen Forschungsvorhaben an, die sich in der letzten Zeit mit nachhaltiger Entwicklung in Ostdeutschland befasst haben.

Die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der beiden Forschungsansätze werden an Hand von vier zentralen Spannungsfeldern diskutiert: a) die unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungskonzepte und -strategien; b) die Ebenen, an denen gesellschaftspolitische Strategien ansetzen; c) die Frage nach den Akteuren sowie d) geeignete Leitbildern für zukunftsfähige Entwicklungsstrategien.

Summary

This discussion paper confronts two research fields and its results: the research about East Germany (Ostdeutschlandforschung) and sustainability research. It aims to link both research fields and to identify common research questions.

Both research approaches deal with societal transformation and both look for stable long-term development perspectives and solutions for pressing societal problems. However, both research fields overlap only marginally so far due to different methodological and theoretical approaches as well as focal points. Recently, some research projects concerned with sustainable development in East Germany try for possible combinations.

Similarities and differences of both research fields will be discussed by means of the following four crucial areas of - inspiring - dissent: a) diverse economic development concepts and strategies; b) the different levels for policy interventions; c) actors and alliances; and d) guiding visions for future development strategies.

---

1 Dieser Beitrag ist erstmals erschienen als Discussion paper Nr. 25/07, Zentrum Technik und Gesellschaft (ZTG) der Technischen Universität (TU) Berlin.

1 Einführung

Die Situation in Ostdeutschland ist bis heute geprägt durch die Herausforderungen und Nachwirkungen des Vereinigungsprozesses. Die überproportional hohe Arbeitslosigkeit, die schwache Wirtschaftsstruktur und die anhaltende Abwanderung prägen unverändert die gesellschaftliche und politische Debatte.

Die Bundesregierung konzentriert sich in ihrer Strategie für den Aufbau Ost auf Wirtschaftswachstum, Beschäftigungszuwachs und Wettbewerbsfähigkeit. Nach einer Phase des Infrastrukturausbaus ist seit einigen Jahren die Förderung von Branchenschwerpunkten und Wirtschaftsclustern nach dem Motto „Stärken stärken" das Mittel der Wahl (Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2004). In ihrem Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2006 bemüht sich die Bundesregierung, den Eindruck zu vermitteln, dass die vorhandenen Probleme bald gelöst werden können:

„Trotz aller unbestrittenen Fortschritte bei der Modernisierung der verkehrlichen und städtischen Infrastruktur, der Hochschullandschaft und des Aufbaus von wettbewerbsfähigen Unternehmen ist ein selbst tragender Aufschwung noch nicht erreicht." (Bundesregierung 2006).

Doch selbst wenn man in Rechnung stellt, dass solche Prozesse Zeit benötigen, sind ein selbst tragender Aufschwung in Ostdeutschland und eine Angleichung der Lebensverhältnisse an Westdeutschland realiter nicht absehbar. Jenseits der offiziellen Verlautbarungen der Bundesregierung herrscht inzwischen weitgehende Einigkeit darüber, dass der „Aufbau Ost" stecken geblieben ist. Doch wie kann und wird es weitergehen? Wird in Ostdeutschland nun das Schreckenszenario eines flächendeckenden „Mezzogiorno" Wirklichkeit (Busch 2002)? Oder bilden die Ostdeutschen, nach einer etwas trotzig anmutenden Gegenthese, eine Avantgarde, weil sie bereits einige gesellschaftliche Umbruchprozesse hinter sich haben, die anderen Regionen in Westdeutschland und Westeuropa noch bevorstehen (Engler 2002)? Sind die aktuellen Probleme tatsächlich temporär und deren Bewältigung eine Frage der Zeit? Die Frage nach trag- und zukunftsfähigen Entwicklungsperspektiven ist heute dringender denn je. Wie könnten Alternativen zu den ökonomisch und betriebswirtschaftlich dominierten Entwicklungsstrategien aussehen? Wie müsste eine zukunftsfähige Entwicklung gestaltet sein?

Hier gibt es einen Schnittpunkt mit den Debatten zur nachhaltigen Entwicklung, die ebenfalls die Frage umtreibt, wie zukunftsfähige Entwicklungspfade aussehen und wie sie beschritten werden können. Hierbei steht jedoch eine globale und langfristige Perspektive im Vordergrund. Fest steht, dass dies nicht ohne grundlegenden gesellschaftlichen Wandel möglich sein wird. Wie dieser sich gestalten und steuern lässt, ist jedoch noch weitgehend ungeklärt. Selbst wenn, wie beispielsweise beim Klimawandel die Probleme und die Ursachen eindeutig sind, so sind gesellschaftliche Lösungsstrategien alles andere als simpel und leicht zu verwirklichen. Dennoch scheint es sinnvoll, auch über nachhaltige Entwicklungsstrategien für Ostdeutschland nachzudenken, denn ökonomische oder soziale Stabilität auf Kosten einer anderen Dimension wie der Umwelt oder dem Sozialen oder zu Lasten künftiger Generationen führt unweigerlich zu Problemen, wie sich praktisch überall beobachten lässt. Das vorliegende discussion paper geht diesen Fragen nach, indem es eine Diskussion zwischen zwei Forschungssträngen weiterführt, die im Rahmen des „Kolloquiums Ostdeutschlandforschung"[2] begonnen wurde: der Ostdeutschlandforschung und der Nachhaltigkeitsforschung.

2 Das Kolloquium Ostdeutschlandforschung wurde 2006 vom Innovationsverbund Ostdeutschlandforschung am Zentrum Technik und Gesellschaft (ZTG) der TU Berlin veranstaltet. Neben den Autorinnen

Abgesehen von einer – teilweisen – Überlappung der Untersuchungsregion Ostdeutschland scheinen die beiden Forschungsfelder auf den ersten Blick wenig gemeinsam zu haben: Die Ostdeutschlandforschung analysiert die Situation in den ostdeutschen Regionen und untersucht, warum die bisherigen Lösungsstrategien wie Infrastrukturausbau, Finanztransfers oder Clusterförderung nicht zu einer übergreifenden, selbst tragenden Entwicklung führen; die Nachhaltigkeitsforschung analysiert Nachhaltigkeitsprobleme und entwickelt sozial, ökonomisch und ökologisch zukunftsfähige Entwicklungsperspektiven.

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich jedoch, dass sich beide Forschungsansätze mit dem gleichen Gegenstand befassen: Mit gesellschaftlichen Wandlungsprozessen. Und beide suchen - bei aller Unterschiedlichkeit in der methodischen und theoretischen Herangehensweise – nach langfristig tragfähigen Entwicklungsperspektiven und Lösungsansätzen für akute gesellschaftliche Problemlagen. Trotz dieser Überlappungen waren die beiden Forschungsstränge bislang überraschend wenig aufeinander bezogen. Zugespitzt ist Nachhaltigkeit kein Thema der Ostdeutschlandforschung und interessierte sich die Nachhaltigkeitsforschung lange Zeit kaum für die Spezifika des ostdeutschen Umbruchprozesses.

Im vorliegenden discussion paper wird ausgelotet, inwiefern die beiden Forschungsstränge einander und damit auch die Suche nach zukunftsfähigen Perspektiven für Ostdeutschland befruchten können. Ziel ist es, neben den Impulsen für die einzelnen Forschungsansätze insbesondere Ansatzpunkte für eine weitere Zusammenarbeit zu skizzieren, in denen die Stärken beider Ansätze vereint und möglicherweise neue Handlungsperspektiven sichtbar werden. Dabei wird deutlich werden, dass eine Verbindung oder Integration der beiden Forschungsstränge aufgrund unterschiedlicher Annahmen, Theorien und methodischer Zugänge nicht nahtlos möglich ist. Aber gerade in der Verschiedenartigkeit der Perspektiven und in den inhaltlich-konzeptionellen Spannungsfeldern steckt unseres Erachtens ein großes Erkenntnispotenzial. Eine Voraussetzung hierfür ist, dass gegenseitiges Infragestellen und Hinweise auf „blinde Flecken“ zugelassen und ernst genommen werden. Anknüpfend an die eben benannten Gemeinsamkeiten der beiden Forschungsansätze lauten die Leitfragen, die diese Auseinandersetzung prägen:

- Wie können Untersuchungszugänge für eine situations- und problemadäquate Analyse der Entwicklungen in Ostdeutschland aussehen, die eine theoretisch und empirisch fundierte Basis für die Konzeption von Zukunftsperspektiven und Lösungsstrategien bereitstellen?
- Wie müssen Entwicklungsleitbilder und Handlungsstrategien aussehen, die angesichts der Umbruchsituation in Ostdeutschland machbar und auch langfristig zukunftsfähig sind?

Die Auswertung der Diskussionen im Kolloquium Ostdeutschlandforschung ergab, dass die Annäherung an Antworten auf diese Fragen über eine Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungskonzepten und –strategien, der Frage nach Akteuren sowie geeigneter Leitbilder zukunftsfähiger Entwicklungsstrategien sinnvoll ist. Nach einer überblicksartigen Einführung in die Ostdeutschland- und Nachhaltigkeitsforschung (Kapitel 2) werden die zentralen Spannungsfelder zwischen beiden Forschungssträngen werden in Kapitel 3 analysiert. Dabei werden zu jedem dieser Felder zunächst die jeweiligen Herangehensweisen dargestellt, darauf aufbauend die Unter-

und dem Autor nahmen teil: Frank Adler, Nicolas Bach, Elke Baranek, Stephan Beetz, Frank Berg, Antje Böttger, Ulrich Busch, Hans-Liudger Dienel, Ansgar Düben, Brigitte Engler, Holger Jansen, Angela Jain, Thomas Ketzmerick, Rainer Land, Daniela Limberg, Sören Marotz, Heike Meier, David Pitschmann, Heiko Pult, Daphne Reim, Frithjof Reul, Martina Schäfer, Silke Schmittmann, Susanne Schön, Jenny Schmithals, Babette Scurrell, Heike Walk, Bettina Wiener, Margret Xyländer, Hansvolker Ziegler.

schiede herausgearbeitet und sich daraus ergebende Forschungsfragen formuliert. In Kapitel 4 ziehen wir Schlussfolgerungen für die weitere Forschungspraxis. Dabei unterscheiden wir zwischen Impulsen für die beiden Forschungsrichtungen einerseits sowie Ansatzpunkten einer Verbindung oder praktischen Zusammenarbeit der beiden Forschungsrichtungen andererseits.

2 Zwei unterschiedliche Perspektiven: Ostdeutschland- und Nachhaltigkeitsforschung

Weder die Ostdeutschlandforschung noch die Nachhaltigkeitsforschung sind eindeutig definierte Forschungsstränge. Innerhalb beider Bereiche gibt es unterschiedliche Strömungen und Ansätze. Deswegen wird im Folgenden kurz rekapituliert, was wir in diesem Beitrag darunter verstehen. Die Ausführungen beruhen auf den Forschungsansätzen und Erfahrungen am Zentrum Technik und Gesellschaft (ZTG) der TU Berlin und der Kolloquiumsmitglieder anderer Institute.

2.1 Ostdeutschlandforschung

Die Ostdeutschlandforschung ist am ZTG durch den Innovationsverbund Ostdeutschlandforschung und das Netzwerk Ostdeutschlandforschung vertreten[3]. Im Mittelpunkt dieses Forschungsstranges steht die Analyse der aktuellen sozioökonomischen Lage in Ostdeutschland. Grundlegend für diesen Ansatz ist, dass diese explizit vor dem Hintergrund der gesamtdeutschen, europäischen und globalen Umbrüche wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Verhältnisse betrachtet und bewertet wird. Hierdurch grenzt sich die „neue“ Ostdeutschlandforschung explizit von der Transformationsforschung ab, die in den 1990er Jahren den wissenschaftlichen Diskurs bestimmte. Diese befasste sich ausschließlich mit dem Prozess und den Folgen des Systemwechsels in Ostdeutschland.

Der Ausgangspunkt der neuen Ostdeutschlandforschung war die Feststellung, dass grundlegende Probleme in Ostdeutschland auch 15 Jahre nach dem Systemwechsel immer noch nicht gelöst sind. Dies führte zu der Überlegung, dass die bisherigen Erklärungsmuster und Lösungsperspektiven der Transformationsforschung unzureichend seien und dass zur Entwicklung Erfolg versprechender Bewältigungsstrategien neue Erklärungsmuster notwendig sein würden.

Die neue Ostdeutschlandforschung interpretiert die gegenwärtige Lage in Ostdeutschland nicht mehr als Übergangsstadium eines Vereinigungs- bzw. Transformationsprozesses, sondern ordnet sie in den Kontext eines doppelten Umbruchs ein: der deutschen Vereinigung einerseits und des westdeutschen bzw. westeuropäischen Wirtschafts- und Sozialmodells im Zeichen der Globalisierung andererseits. Durch die Fokussierung auf die Gestaltung des Transformationsprozesses, so die Kritik an der Transformationsforschung, sei aus dem Blick geraten, dass sich das westdeutsche bzw. westeuropäische „Vorbild“ selbst im Umbruch befindet: Der globale Wettbewerb höhlt die soziale Marktwirtschaft aus, der Sozialstaat kann angeblich nicht mehr finanziert werden und die Umweltzerstö-

3 Der Innovationsverbund Ostdeutschlandforschung wurde im November 2005 gegründet. Er besteht aus sechs unabhängigen Forschungsinstituten und dem ZTG. Unterstützt wird er vom Senator für Wissenschaft, Forschung und Bildung, Berlin. Inhaltliches Ziel des Innovationsverbundes ist eine konzeptionelle Neuorientierung der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschung zu Ostdeutschland. Organisatorisch zielt er auf eine Bündelung der Forschungspotentiale und eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit. Der Innovationsverbund führt regelmäßig Veranstaltungen durch. Informationen unter: www.ostdeutschlandforschung.de

rung schreitet voran. Nur in der Perspektive dieses doppelten Umbruchs – so die inzwischen auch empirisch belegte Erkenntnis der neuen Ostdeutschlandforschung - lassen sich Themen wie das Scheitern des wirtschaftlichen Aufholprozesses, die hohe Arbeitslosigkeit, die schwache Wirtschaftsstruktur und demographische Schrumpfungsprozesse angemessen untersuchen und diskutieren.

Rainer Land plädiert folgerichtig für eine Abkehr von der „Prämisse des Nachbaus West als Forschungsparadigma“ und für eine Hinwendung zur Frage „inwieweit in Ostdeutschland ein neues und in vielen Punkten ambivalentes, auch prekäres Modernisierungsszenario abläuft, das gesellschaftliche Reflexion ebenso wie eine Analyse der Gestaltungsvarianten dringend nötig macht“ (Land 2005, S. 75). Aus diesem Blickwinkel nimmt Ostdeutschland tatsächlich eine Vorreiterrolle im europäischen Kontext ein (vgl. Kapitel 1).

Entsprechend ihren theoretischen Grundannahmen analysiert die Ostdeutschlandforschung die aktuelle sozioökonomische Lage im Kontext der in den ostdeutschen Regionen ablaufenden Prozesse des doppelten Umbruchs und geht der Frage nach, warum die bisherigen Lösungsstrategien wie Infrastrukturausbau, Finanztransfers oder Clusterförderung nicht zu einer übergreifenden, selbst tragenden Entwicklung führen.

Diese Analysen bedienen sich eines regulationstheoretischen Ansatzes (vgl. z.B. Lipietz 1998, Görg & Brand 2002). Am Beispiel von Ostdeutschland wird untersucht, wie und mit welchen Konsequenzen die komplexen Regulationsmechanismen und -strukturen, die die moderne, post-fordistische Industriegesellschaft prägen, brüchig werden. Darüber hinaus wird beobachtet, welche neuen gesellschaftlichen Regulationsmechanismen und -strukturen sich ergeben und welche davon möglicherweise dauerhaft(er) stabil (und damit gesellschaftlich wünschenswert) sein können. Aus diesen Analysen sollen Strategien abgeleitet werden, die neu entstehende, potenziell stabile Regulationsmuster stützen können. Diese Strategien sind in erster Linie makroökonomisch ausgerichtet und sollen dazu beitragen, eine Wachstumsdynamik in den ostdeutschen Bundesländern zu forcieren. Ostdeutschlandforschung erfordert nach diesem Verständnis interdisziplinäre Zusammenarbeit. Um der Komplexität der Situation gerecht zu werden, integriert sie empirische Befunde aus unterschiedlichen Forschungsrichtungen.

Verdienst der Ostdeutschlandforschung ist es, die bislang verstreuten empirischen und theoretischen Befunde zur Lage in Ostdeutschland zusammengeführt und verdichtet zu haben. Diese Forschungsbefunde sind zusammengefasst im Bericht „Zur Lage in Ostdeutschland“ (Berliner Debatte Initial 2006).

Zur Charakterisierung der aktuellen Situation in Ostdeutschland hat Land den Begriff der „fragmentierten Entwicklung“ geprägt. Mit diesem Begriff wird umschrieben, dass ganze Regionen in wirtschaftliche Stagnation abgleiten, während gleichzeitig andere Regionen bzw. einzelne Betriebe und Stadtteile wachsen (Land 2003). Laut dem aktuellen Bericht „Zur Lage in Ostdeutschland“ (Berliner Debatte Initial 2006) ist die Lage in Ostdeutschland geprägt durch wirtschaftliche Stagnation mit zunehmendem Transferbedarf, ein Nebeneinander von deindustrialisierten, stagnierenden und innovativen Regionen, durch Massenarbeitslosigkeit und Entstehung neuer sozialer Randgruppen und Problemlagen durch Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit insbesondere für Jugendliche und nicht zuletzt durch schrumpfende Städte und Abwanderung. Der Unterschied zur Lebensqualität in den westdeutschen Ländern ist bedeutend. Allerdings wird darauf hingewiesen, dass es auch westdeutsche

Regionen gibt, die einen niedrigeren Lebensstandard aufweisen als manche ostdeutsche Regionen[4]. Insbesondere angesichts der prekären Situation großer Bevölkerungsgruppen in Ostdeutschland, besteht unverändert dringender Handlungsbedarf.

Entsprechend dem analytischen Ansatz der Ostdeutschlandforschung können auch die Lösungsansätze nicht auf Ostdeutschland beschränkt bleiben. Sie müssen vielmehr mit deutschen und europäischen Regulationsmechanismen kompatibel sein, in die die ostdeutschen Entwicklungen eingebettet sind. In Ostdeutschland besteht die Chance, neue Regulationsformen zu entwickeln und zu erproben. Als mögliche Ansatzpunkte werden im Bericht „Zur Lage in Ostdeutschland" (Berliner Debatte Initial 2006) ein „Gesellschaftsprojekt regenerative Energien" und ein Umbau der Arbeitsgesellschaft von der so genannten Aktivierung hin zur Teilhabe genannt (Berliner Debatte Initial 2006, S. 11ff.). Deren genaue Ausgestaltung und das Zusammenspiel mit neuen Regulationen auf der Makroebene sind aber noch nicht geklärt.

2.2 Nachhaltigkeitsforschung

Nachhaltigkeitsforschung bildet einen der Themenschwerpunkte des ZTG, zu dem zahlreiche Forschungsvorhaben durchgeführt werden und wurden. Generell entstand Nachhaltigkeitsforschung auf Grund gesellschaftlicher Problemlagen und Umbrüche. Ausgangspunkt bildeten globale Umweltveränderungen und die Entwicklungsproblematik im globalen Kontext („Nord-Süd-Gefälle"). Die Forschungsrichtung orientiert sich am normativen Leitbild einer nachhaltigen, im Sinne einer intra- und intergenerational gerechten, globalen Entwicklung. Die Nachhaltigkeitsforschung befasst sich daher originär mit Problemen, die die langfristige Sicherung der gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen gefährden.

Heruntergebrochen auf die nationale, regionale und lokale Handlungsebene ist es das Ziel der Nachhaltigkeitsforschung, gesellschaftlich wünschenswerte sowohl global als auch lokal tragfähige Zukunftsperspektiven zu entwickeln. Diese sollen es heutigen Generationen ermöglichen, gut zu leben, ohne dass dies auf Kosten der kommenden Generationen geht[5]. Anders als bei der Ostdeutschlandforschung, die die Frage der Entwicklungsziele und möglicher Entwicklungspfade für Ostdeutschland noch offen lässt, ist die Nachhaltigkeitsforschung somit explizit einem ganz konkreten Entwicklungsleitbild verpflichtet und beschäftigt sich mit der Frage, wie dieses praktisch implementiert werden kann.

Charakteristisch für diese Forschungsrichtung ist eine integrative Herangehensweise, die es ermöglichen soll, sozial, ökonomisch und ökologisch gleichermaßen verträgliche (integrierte) Konzepte und Strategien zu entwickeln. Aufgrund der Annahme, dass gesellschaftliche Entwicklungen nur sehr be-

4 Dieser Befund wird auch durch die aktuelle Untersuchung der TNS Infratest Sozialforschung im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstrichen, die auf 4% „abgehängtes Prekariat" in Westdeutschland, aber 25% „abgehängtes Prekariat" in Ostdeutschland verweist (Müller-Hilmer 2006, S. 20/21).

5 Was nachhaltige Entwicklung ist oder sein soll, ist mit Wertsetzungen verknüpft und in der Forschungscommunity entsprechend umstritten. Je konkreter die praktischen Implikationen ausformuliert werden, desto breiter wird das Spektrum der vorhandenen Positionen und Konzepte. Bereits innerhalb der am Kolloquium beteiligten Institutionen werden in einzelnen Forschungsprojekten durchaus unterschiedlich weitreichende Nachhaltigkeitsansätze verfolgt. Dies betrifft insbesondere die soziokulturelle Dimension von Nachhaltigkeit. Diesem discussion paper liegt eine stringente Nachhaltigkeitsdefinition zugrunde, die soziale, ökologische und ökonomische Aspekte integrativ betrachtet und umsetzen will.

grenzt im klassischen Sinne steuerbar sind, geht die Nachhaltigkeitsforschung davon aus, dass die Entwicklung und Realisierung von Zukunftsperspektiven und -strategien ein erprobendes und iterativ-reflexives Vorgehen erfordert und dass die gesellschaftlichen Transformationsprozesse kontextspezifisch untersucht werden müssen. Sie verfolgt daher einen problem- und handlungsorientierten Ansatz mit einer inter- und transdisziplinären Herangehensweise (Brand 2000).

Eine typische Variante der Nachhaltigkeitsforschung ist die sozial-ökologische Forschung, in deren Kontext verschiedene Projekte am ZTG gefördert werden. Diese stellt die „gesellschaftlichen Naturverhältnisse", d.h. die dynamischen Wechselwirkungen zwischen Gesellschaft und Natur, in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen. Die sozial-ökologische Forschung analysiert, wie dieser Wandel verläuft und welche Folgen er hat. Der Schwerpunkt liegt auf der Identifizierung und Erprobung von Gestaltungsansätzen, die es ermöglichen, diesen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu beeinflussen. Dies geschieht zumeist im Rahmen „initiierter Experimente", die zusammen mit interessierten und engagierten Praxispartnern ins Leben gerufen und deren Charakteristika und Wirkungen begleitend beforscht werden. Die Nachhaltigkeitsforschung am ZTG hat somit (insbesondere im Rahmen der sozial-ökologischen Forschung) ihren Schwerpunkt auf der „Mikroebene"; sie untersucht akteurszentriert und in partizipativer Weise Modellprojekte, Betriebe, Netzwerke, einzelne Branchen, Regionen.[6]

In letzter Zeit wurden am ZTG sowie an den Forschungsinstituten inter 3 Institut für Ressourcenmanagement und nexus Institut für Kooperationsmangement und interdisziplinäre Forschung, zwischen denen vielfältige Kooperationen bestehen, mehrere Forschungsprojekte mit den Aspekten nachhaltiger Entwicklung mit Ostdeutschland durchgeführt (siehe auch Bonas et al. 2006[7]; Forschungsverbund „Blockierter Wandel?" 2007[8]; Schäfer & Nölting 2007[9], Mobikult[10]) befasst. Auch hier werden die dort vorgefundenen Problemlagen primär unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeitsproblematik gedeutet. Die Bemühungen, das Ostdeutschlandspezifische adäquat zu erfassen, waren bisher ungleich geringer.

Die Forschungsbefunde der genannten Projekte sind je nach der inhaltlichen Themenstellung und Forschungskonzeption durchaus heterogen, lassen aber klar den Schluss zu, dass die spezifischen Kontextbedingungen in Ostdeutschland stärker als bisher Eingang in die Nachhaltigkeitskonzepte finden und letztere modifiziert und schöpferisch weiterentwickelt werden müssen (Adler et al. 2002, S. 165).

Die Ergebnisse dieser Nachhaltigkeitsprojekte zeigen jedoch einige Aspekte auf, die auch für die Entwicklung von Strategien und Perspektivenentwicklung für Ostdeutschland relevant sind. So zei-

6 Vielleicht kann sie – in Unterscheidung zur Ostdeutschlandforschung – auch als mikroökonomisch eingestuft werden, insgesamt ist ihr Ansatz jedoch nicht so sehr auf ökonomische bzw. wirtschaftswissenschaftliche Fragen fokussiert.

7 Gemeinschaftsnutzungsstrategien als Faktor für Stabilisierung und nachhaltige Entwicklung in ländlichen räumen Brandenburgs, vgl. http://www.ztg.tu-berlin.de/reg005003021.shtml.

8 Blockierter Wandel? – Denk- und Handlungsräume für eine nachhaltige Regionalentwicklung, Förderung durch BMBF, Teilprojekt Umwelträume und Teilprojekt Normative Räume, http://www.inter3.de.

9 Regionaler Wohlstand neu betrachtet – Der Beitrag der ökologischen Land- und Ernährungswirtschaft zur Lebensqualität, http://www.regionalerwohlstand.de.

10 MobiKult: Entwicklung einer nachhaltigen Mobilitätskultur in ländlichen Regionen Brandenburgs, http://www.nexus-berlin.com/Nexus/Bereiche/Kooperation/verbraucherpolitik.html.

gen die Forschungsbefunde unter anderem, dass sich in Ostdeutschland Formen einer solidarischen Ökonomie oder nachhaltigen Wirtschaftsweise entwickelt haben, die Lösungsansätze für konkrete Problemlagen in Regionen anbieten, in denen das Wirtschafts- und Sozialmodell des fordistischen Kapitalismus bereits zusammenbricht (Nölting & Schäfer 2006b). Hierzu gehören beispielsweise Ansätze wie Gemeinschaftsnutzungseinrichtungen, die als Reaktion auf soziale Problemlagen entstanden sind (Bonas et al. 2006) oder auch Unternehmen der ökologischen Land- und Ernährungswirtschaft, die wichtige Beiträge zum Wissenstransfer und zur Stärkung lokaler Ressourcen leisten, gerade in strukturschwachen ländlichen Regionen (Schäfer & Nölting 2007).

Ferner wurden erste Erklärungsansätze dafür identifiziert, dass solche Modelle und andere Ansätze nachhaltiger Entwicklung nur sehr begrenzt in gesellschaftliche oder politische Strategien einfließen. Unter anderem wurden so genannte sozio-technische Konstellationen als Ursache ausgemacht, in denen „altes Denken" dominiert, das auf Sicherheit, professionellen, technischen Lösungen und Versprechungen von Wirtschaftswachstum beruht. Diese werden zwar brüchig, behaupten sich aber immer noch gegenüber neuen Akteuren, deren Zusammenhalt und Einfluss auf das Gesamtgeschehen ungleich geringer ist. Die neuen, nachhaltigkeitsorientierten Akteure sind noch weit davon entfernt, mehrheitsfähig zu sein und von Politik und Wissenschaft angemessen wahrgenommen zu werden[11] . Weitere Gründe liegen in der vergleichsweise geringen Anzahl von Nachhaltigkeitsakteuren. Bislang konnten sie keine gesellschaftliche Handlungsmacht etwa im Sinne einer neuen sozialen Bewegung entfalten.

Als eine mögliche Entwicklungsperspektive auf der Makroebene wird eine Vorreiterrolle Ostdeutschlands etwa im Hinblick auf ökologische Landwirtschaft und regenerative Energien identifiziert. Handlungsbedarf wird ferner darin gesehen, die Erfahrungen ostdeutscher Bürgerinnen und Bürger mit den sozialen und ökonomischen Umbrüchen wesentlich stärker zu berücksichtigen, als dies bisher der Fall war. Wichtig scheint ferner, dass Entwicklungsperspektiven und -strategien in enger Kooperation mit sozialen und regionalen Netzwerken entwickelt und umgesetzt und so genannte „menschliche Leuchttürme" (herausragende Einzelpersonen) gestärkt werden. Wie sich das konkret verwirklichen lässt und ob diese Strategieansätze sich mit Entwicklungsvorstellungen verbinden lassen, die auf ökonomischem Wachstum in Ostdeutschland aufbauen, ist noch nicht geklärt und wird unter anderem vom Verständnis des Begriffs „ökonomisches Wachstum" abhängig sein (vgl. Kapitel 3.1).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich beide Forschungsstränge mit gesellschaftlichen Umbruchprozessen und der Frage nach zukunftsfähigen Gestaltungsmöglichkeiten befassen. Dem gegenüber könnte die methodische Herangehensweise kaum unterschiedlicher sein: Die Ostdeutschlandforschung analysiert auf der Grundlage eines ausformulierten regulationstheoretischen Ansatzes die Entwicklungen in Ostdeutschland, wobei die Entwicklungsziele und mögliche Entwicklungspfade noch offen sind. Die dem normativen Leitbild nachhaltiger Entwicklung verpflichtete Nachhaltigkeitsforschung arbeitet dem gegenüber auf der Basis – relativ – klar und explizit formulierter Entwicklungsziele.

Im nächsten Kapitel werden diese zwei Untersuchungsperspektiven einander gegenübergestellt. Dies geschieht anhand von vier zentralen Themenfeldern. Durch diese Gegenüberstellung sollen so-

11 Mit diesen und ähnlichen Blockaden für einen Wandel in Richtung einer nachhaltigen Regionalentwicklung befasste sich unter anderem am Beispiel der Hochwasserproblematik der Forschungsverbund „Blockierter Wandel?" (www.inter3.de)

wohl Gegensätze herausgearbeitet, als auch mögliche Gemeinsamkeiten und Stellen umrissen werden, an denen sich die beiden Ansätze ergänzen könnten. Abschließend werden für jedes Themenfeld der Forschungsbedarf und weiterführende Fragestellungen formuliert.

3 Thematische Spannungsfelder zwischen Ostdeutschland- und Nachhaltigkeitsforschung – Gegensätze, Schnittmengen und Forschungsfragen

Bei der Betrachtung eines Gegenstands aus zwei unterschiedlichen Forschungsperspektiven ergeben sich nahezu zwangsläufig Konfliktlinien oder Spannungsfelder. Diese werden im Folgenden näher dargestellt. Um die jeweiligen Stärken hervorzuheben und die Gemeinsamkeiten deutlich zu machen werden die „Gegenpole“ sehr pointiert formuliert, auch wenn sie sich in der Forschungspraxis nicht immer in dieser Eindeutigkeit wieder finden.

Die Darstellung der Spannungsfelder erfolgt an Hand von vier Themenfeldern, die für die Umbrüche in Ostdeutschland von großer Bedeutung sind. Es geht erstens um das Verständnis von Wirtschaft und welche Bedeutung ein qualitatives Wirtschaftswachstum für eine Entwicklungsperspektive für Ostdeutschland haben könnte, zweitens um die verschiedenen Ebenen, an denen wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Entwicklungsstrategien ansetzen, drittens um die Akteure und Träger der Entwicklung in Ostdeutschland sowie viertens um Leitbilder und Ziele der Entwicklung in Ostdeutschland. Konkret werden diese Themen an Hand der folgenden Fragen behandelt:

1. Wirtschaftswachstum versus nachhaltige Entwicklung: Welches Wachstum braucht Ostdeutschland?
2. Zwischen Weltmarktorientierung und endogener Regionalentwicklung: Wie lassen sich ökonomische und nachhaltige Strategien verbinden?
3. Wachstumsorientierte versus nachhaltigkeitsorientierte Akteure: Wie können die für eine zukunftsfähige Entwicklung in Ostdeutschland relevanten Akteure unterstützt werden?
4. „Ostdeutscher“ Entwicklungsbedarf versus „westdeutsches“ Nachhaltigkeitsleitbild: Wie kann Nachhaltigkeit zur Entwicklung zukunftsfähiger Perspektiven für Ostdeutschland beitragen?

Für jede dieser Fragen wird zunächst das Problem umrissen (und soweit möglich theoretisch eingeordnet), dann werden die Herangehensweisen und Befunde der Ostdeutschland- und Nachhaltigkeitsforschung einander gegenübergestellt, um daraus schließlich Schnittmengen und weitergehende Forschungsfragen abzuleiten.

3.1 Wirtschaftswachstum versus nachhaltige Entwicklung: Welches Wachstum braucht Ostdeutschland?

Die Frage nach der Art und Weise der ökonomischen Entwicklung ist grundlegend für die Zukunftsperspektiven in Ostdeutschland. Sie geht viel tiefer als die Frage danach, wie Wirtschaftswachstum in Ostdeutschland gestärkt werden kann, damit es zu einem Aufholprozess der ostdeutschen gegenüber der westdeutschen Wirtschaft kommen kann. Es geht um die Grundsatzfrage, welche Art wirtschaftlicher Entwicklung zur Bewältigung der aktuellen Probleme Ostdeutschlands beitragen kann.

Allem Anschein nach befasst sich die Politik der Bundesregierung und der ostdeutschen Bundesländer fast ausschließlich mit der Frage nach dem Wirtschaftswachstum: Das Programm für den Aufbau Ost zielt auf eine Angleichung der Lebensverhältnisse in Ostdeutschland an das westdeutsche Niveau. Das Verständnis des Begriffes „Lebensverhältnisse" wird dabei weitgehend auf den materiellen Lebensstandard reduziert. Folglich sieht die Politik im Wirtschaftswachstum in Ostdeutschland den Schlüssel zur Lösung dieser Probleme. Sie geht davon aus, dass (neben Transferleistungen) insbesondere Wirtschaftswachstum die notwendigen Ressourcen und Verteilungsspielräume schaffen wird, die für zusätzliche Arbeitsplätze und Einkommen benötigt werden. Diese Sichtweise hält am westdeutschen Wirtschaftsmodell bzw. daran fest, dass die soziale Marktwirtschaft westdeutscher Prägung an die vermeintlichen Erfordernisse der Globalisierung angepasst werden muss. Sie verkennt jedoch, dass es ebenso gut in eine Sackgasse führen könnte, hinter Westdeutschland „her zu rennen" und ein bereits überholtes, krisenhaftes „Vorbild" zu kopieren.

Aus der sozioökonomischen Perspektive der Ostdeutschlandforschung sind die wirtschaftliche Situation und Struktur zentrale Determinanten für die Entwicklung zukunftsfähiger Entwicklungspfade in Ostdeutschland. Sie bezieht sich dabei auf das im Grundgesetz Deutschlands verankerte Recht auf „gleichwertige Lebensverhältnisse" und die Beobachtung, dass Gesellschaft in bestimmten Bereichen nicht mehr funktioniert. Der Befund der Ostdeutschlandforschung lautet diesbezüglich wie folgt:

„In einer makroökonomischen Gesamtschau vermitteln die Daten für Ostdeutschland das Bild einer unterentwickelten, von den dynamischen Wirtschaftsmetropolen Deutschlands und Europas weitgehend abgekoppelten und finanziell abhängigen Region, der es nicht nur an wirtschaftlicher Leistungskraft, sondern überwiegend auch an zukunftsfähigen Entwicklungspotentialen mangelt" (Busch 2006, S. 20).

Lediglich die hohen Transferleistungen von West- nach Ostdeutschland ermöglichen der ostdeutschen Bevölkerung einen materiellen Lebensstandard, der in mancher Beziehung an den in Westdeutschland heranreicht. Das Problem ist: Diese Transfers dienen weit überwiegend der Finanzierung des Konsums und lösen keine Wachstumsimpulse in Ostdeutschland aus. Daher kommt Busch zu der Einschätzung:

„Das Scheitern des Aufbaus Ost als des wirtschaftsstrategischen Programms für den Aufbau- und Aufholprozess seit 1990 und der Übergang von einer aktiven zu einer eher passiven Sanierungsstrategie seit Ende der 1990er Jahre sind Indizien dafür, dass Ostdeutschland sich auf einem problematischen Entwicklungspfad befindet. Je länger dieser beschritten wird, desto schwerer wird ein Strategiewechsel." (Busch 2006, S. 21)

Neben dem Mangel an Entwicklungspotenzialen ist aus Sicht der Ostdeutschlandforschung noch ein zweiter ökonomischer Aspekt sehr problematisch: Der ostdeutschen Arbeiter- und Arbeitsgesellschaft geht die (bezahlte) Arbeit aus (Engler 2002). In der Folge, so Land und Willisch, werden Arbeitslose durch staatliche Interventionen in einen Wechsel zwischen Leistungsbezug, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und kurzfristiger Beschäftigung gezwungen. Dies sei nur eine vorgetäuschte Integration („sekundäre Integration"), die aus Arbeit Suchenden „Überflüssige" mache (Land & Willisch 2006a; Land & Willisch 2006b). Die Frage nach Alternativen zu dieser vorgetäuschten Integration und nach dem Umgang der Gesellschaft mit der disponiblen Zeit, die durch höhere Arbeitsproduktivität entsteht, wird hier zentral. In der Ostdeutschlandforschung steht damit die Produktion

bzw. das Produktionsregime, das sich aus der Beziehung der Produktionsfaktoren Kapital, Arbeit und Know-how, den Finanz- und Warenströmen ergibt, im Mittelpunkt der Untersuchung.

Die Ostdeutschlandforschung zieht aus diesen Befunden die folgende Schlussfolgerung: Ostdeutschland benötigt Wirtschaftswachstum und einen selbst tragenden Aufschwung. Nur hierdurch können die erforderlichen Arbeitsplätze und Einkommen für eine Angleichung an Westdeutschland geschaffen werden. Ungelöst bleibt dabei allerdings der folgende Konflikt, der mit dem Ziel der Angleichung an das westdeutsche bzw.- europäische Wirtschaftssystem notwendigerweise verbunden ist: Einerseits ist eine solche Angleichung gewünscht - insbesondere in Bezug auf Arbeitsplätze und Einkommen. Andererseits gibt es viele nicht mehr funktionierende gesellschaftliche Bereiche, angesichts derer eine Angleichung alles andere als gewünscht sein kann. Dies betrifft beispielsweise die immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich, die mangelnden Chancen auf Bildung, wie sie etwa für Menschen aus dem Prekariat und für Migranten bestehen, oder auch den hohen Verbrauch natürlicher Ressourcen im Wirtschaftssystem.

Angesichts dieser unerwünschten, aber untrennbar mit einem extensiven, quantitativen Wachstum verbundenen negativen Aspekte sieht die Ostdeutschlandforschung davon ab, der (ohnehin in Auflösung begriffenen) fordistischen Industriegesellschaft um jeden Preis das Wort zu reden. Vielmehr wird für Ostdeutschland ein qualitatives, Ressourcen sparendes Wirtschaftswachstum angestrebt. Die Ökonomie soll der Verbesserung der Lebensqualität dienen, einer Lebensqualität, die sich nicht allein am Bruttoinlandsprodukt oder dem Pro-Kopf-Einkommen bemisst. Allerdings sind die Parameter für ein solches qualitatives Wachstum noch nicht ausreichend genau bestimmt. Die Suche nach einem Regulationsregime, das ein solches qualitatives Wachstum hervorbringt, hält an. An diese Grundannahmen anknüpfend, untersucht die Ostdeutschlandforschung, ob die aktuellen wirtschaftspolitischen Strategien den Bedürfnissen Ostdeutschlands gerecht werden. Und sie übt Kritik daran, dass der Übergang der Wirtschaftsstruktur zu einem qualitativen Wachstum bisher weder politisch noch ökonomisch in ausreichendem Maße vorangetrieben wird. Konkrete Ansatzpunkte für geeignete makroökonomische Strategien könnten nach Einschätzung der Ostdeutschlandforschung ein staatliches Investitionsprogramm für regenerative Energien sein oder eine Neu-Organisation der Arbeitsgesellschaft von der so genannten Aktivierung hin zur Teilhabe.

Die Nachhaltigkeitsforschung beschäftigt sich mit ökonomischen Fragestellungen in erster Linie unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten. Unter ökologischen Gesichtspunkten stellt sie die Stoffströme, die durch ökonomische Aktivitäten verursacht werden, in den Mittelpunkt ihrer Analysen. Hierbei fragt sie insbesondere nach der Konsistenz von Wirtschaftskreisläufen mit ökologischen Kreisläufen, beispielsweise im Umgang mit erneuerbaren und nicht erneuerbaren Ressourcen oder mit Risiken (Kopfmüller et al. 2002; Held et al. 2000). Unter sozialen Gesichtspunkten wird untersucht, inwiefern ökonomische Aktivitäten zur Schaffung sozialer Gerechtigkeit und eines „guten Lebens“ in einer Gesellschaft beitragen (Schäfer et al. 2003). Die Nachhaltigkeitsforschung fragt daher auch, wie Wirtschaften und Arbeiten umgestaltet werden müssten. Hierzu beschäftigt sie sich beispielsweise mit dem Verhältnis von Produktion und Reproduktion, der gesellschaftlichen Relevanz und Wertschätzung verschiedener Tätigkeitsformen (Lohnarbeit, reproduktive Arbeit, Hausarbeit, bürgerschaftliches Engagement, vgl. hierzu Biesecker 2002) oder auch mit Fragen der Arbeitsqualität (vgl. Hildebrandt & Brandl 2002).

Es ist einer der elementaren Kritikpunkte aus der Nachhaltigkeitsperspektive, dass es eben die Orientierung an einem rein quantitativen Wachstum war und ist, die einen Verbrauch an Energie und anderen Ressourcen – und damit eine Belastung der Umwelt und der sozialen Systeme – nach sich zieht

und schließlich zur Bedrohung unserer Lebensgrundlagen geführt hat. Gleichzeitig sei die moderne Industriegesellschaft außerstande, eine sozial gerechte Befriedigung von Bedürfnissen zu gewährleisten. Dies gilt umso mehr im globalen Maßstab: Der Umweltverbrauch in Industrieländern wie Deutschland trägt überproportional zur Umweltzerstörung bei und enthält insbesondere den Entwicklungsländern Entwicklungschancen vor. Eine sich auf den gesamten Globus verbreitende wachstumsorientierte Wirtschaft verursacht erhebliche Probleme in den Bereichen Ressourcenverbrauch, Umweltschutz, soziale Absicherung, regionale Einbindung und kulturelle Vielfalt. Es geht also im globalen Maßstab um nicht weniger als eine globale Reorganisation des Wirtschaftens und eine soziokulturell und ökologisch verträgliche Reorganisation der Arbeits- und Industriegesellschaft.

Die Vorstellung, dass ein rein quantitatives Wachstum, also eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts, gesellschaftliche Probleme wie Massenarbeitslosigkeit oder ökologische Probleme lösen könne, wird daher von Seiten der Nachhaltigkeitsforschung äußerst kritisch hinterfragt (Luks 2001, Luks 2006, Paech 2005). Aus der Nachhaltigkeitsperspektive beschreibt das heute (noch) vorherrschende quantitative Ökonomieverständnis eine Form des Wirtschaftens, die sich auf Dauer nicht bewähren und bewahren kann (Biesecker & Winterfeld 2005a; 2005b). Eine brauchbare alternative und konsistente Definition eines nachhaltigen Ökonomieverständnisses liegt erst in Ansätzen vor (z.B. Biesecker/Kesting 2003).

Eine grundlegende Frage, die hierfür noch zu klären ist, lautet: Ist eine funktionsfähige Ökonomie überhaupt ohne die Wachstumsprämisse denkbar? Welche Funktion hat das Wirtschaftswachstum im Rahmen einer „Versöhnung“ von nachhaltiger Entwicklung und Ökonomie? Steinitz (2003) beantwortet diese Frage so, dass er das Modell eines unendlich exponentiellen Wirtschaftswachstums in anzweifelt. Langfristig erscheint ihm angesichts der Endlichkeit der natürlichen Ressourcen eine Verbindung zwischen Wachstum und Nachhaltigkeit als zwingend notwendig. Damit werde die Frage nach der Qualität des Wachstums entscheidend: „Die Beziehungen zwischen quantitativem Zuwachs und qualitativer Entwicklung müssen sich grundlegend zugunsten letzterer verschieben“ (Steinitz 2003, S. 10).

Steinitz plädiert dafür, zukünftiges Wirtschaftswachstum nicht mehr allein anhand des Bruttoinlandsproduktes zu bemessen. Um Wachstum mit dem Nachhaltigkeitsziel zu verknüpfen, müssen vielmehr auch ökologische und soziale Kennziffern eingeführt werden. Um ein qualitatives Wachstum zu erreichen, sei ein sozial-ökologischer Umbau des gesamten Produktionsprozesses erforderlich. Ziel sei es, eine Ökonomie zu entwickeln, die den absoluten Energie- und Stoffverbrauch massiv senken und dennoch eine Verbesserung der Lebensqualität, ausreichende existenzsichernde Arbeit und soziale Sicherheit ermöglichen kann:

„Im Vordergrund eines linken, alternativen Wachstumskonzepts muss der sozial-ökologische Umbau mit einem hohen Niveau reproduzierbarer umweltpolitischer Effekte und starken positiven Wirkungen auf Beschäftigung, soziale Sicherheit und soziale Gleichheit stehen“ (ebd. S. 12).

Aus der Nachhaltigkeitsperspektive erscheint das Gewicht, das die Politik auf die Förderung des Wirtschaftswachstums legt, um eine zukunftsfähige Entwicklung in Ostdeutschland zu fördern, sehr fragwürdig. Aus dieser Perspektive gilt es primär, nach Wirtschaftsformen zu suchen, die mit dem Ziel einer sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Entwicklung vereinbar sind. Dies schließt nicht zwangsläufig Wirtschaftswachstum aus, wohl aber solche Formen, die nicht zur Reduzierung der Umweltbelastung beitragen und soziale Entwicklungschancen behindern: Ziel sollte es also sein, ökonomische Perspektiven für und in Ostdeutschland zu entwickeln, die zu einer auch im

globalen Maßstab zukunftsfähigen Entwicklungsdynamik führen. Als konkrete Ansatzpunkte bzw. Modellfälle nachhaltigen Wirtschaftens werden bisher vorrangig einige umweltverträgliche Wirtschaftszweige identifiziert:

- Es gibt eine (rasante) Entwicklung beim Auf- und Ausbau von Umweltschutztechnologien in Ostdeutschland. Einige ostdeutsche Produktionsstandorte, beispielsweise im Bereich der erneuerbaren Energien, nehmen deutschlandweit eine Spitzenposition ein (Solaranlagenproduktion in Thalheim, Sachsen-Anhalt; Windenergiestandorte in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg) und haben auch im europäischen Maßstab eine Vorreiterfunktion inne.
- Der Öko-Landbau hat in Ostdeutschland einen überdurchschnittlich hohen Flächenanteil (v.a. in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern). Ein weiterer Ausbau der ökologischen Ernährungswirtschaft (Verarbeitung und Vermarktung von Öko-Produkten) könnte in diesem Bereich die regionale Wertschöpfung deutlich steigern, da die Nachfrage zurzeit deutlich anzieht (Nölting & Schäfer 2006a).
- In Ostdeutschland liegen zahlreiche ökologisch äußerst wertvolle Großschutzgebiete (Biosphärenreservate, Nationalparke, Naturparke). Diese könnten ökonomisch noch stärker in Wert gesetzt werden, ohne dass deren ökologischer Wert beeinträchtigt würde. Denkbar sind beispielsweise Angebote für nachhaltigen Tourismus, Umweltbildung, regionale Qualitätsprodukte oder eine naturverträgliche Landschaftsnutzung durch Öko-Landbau.

Allerdings ist absehbar, dass die ökonomischen Impulse aus diesen Wirtschaftszweigen allein nicht ausreichen werden, um die aktuellen Probleme in Ostdeutschland zu bewältigen, da diese Branchen bislang Nischenmärkte bedienen. Zudem ist die soziale Nachhaltigkeitsdimension hier bisher nicht berücksichtigt.

Mit Blick auf die soziale Dimension der Nachhaltigkeit stellen insbesondere die Abhängigkeit von Transfers und die Arbeitslosigkeit gravierende Probleme dar. Hieran knüpfen Modellprojekte an, die neue Formen einer solidarischen Ökonomie (z. B. Gemeinschaftsnutzungseinrichtungen), neuer Wohlstandsmodelle und nachhaltigen Wirtschaftens (z.B. ökologische Land- und Ernährungswirtschaft) untersuchen. Diese sind allerdings bislang meist auf einer lokalen, mikroökonomischen Ebene anzutreffen (vgl. Kapitel 2 und Kapitel 3.2).

Bislang kann die Nachhaltigkeitsforschung nicht in ausreichendem Maße beantworten, ob die hier vorgestellten Wirtschaftszweige und alternativen Ansätze ausreichen, um die ökonomischen Probleme in Ostdeutschland abzumildern oder gar zu lösen. Insbesondere ist offen, wie solche Formen nachhaltigen Wirtschaftens in die makroökonomische Struktur Ostdeutschlands (und darüber hinaus) eingepasst werden könnten, um wettbewerbsfähig zu sein.

Insgesamt werfen die Ostdeutschlandforschung und die Nachhaltigkeitsforschung ein sehr unterschiedliches Licht auf wirtschaftliche Entwicklungsziele und -perspektiven in Ostdeutschland. Diese Unterschiede liegen in erster Linie in dem begründet, was als die wesentlichen Determinanten von Ökonomie angesehen wird.

- Wachstumsorientierte Wirtschaft, wie sie im bisherigen westeuropäischen Wirtschaftsmodell betrieben wird, behebt Güterknappheit durch Produktion und befriedigt Bedarf. Soziale und ökologische Belange sind keine eigenständige Größe. Im Fokus einer makroökonomischen Betrachtungsweise stehen die Produktionsregime mit der Organisation der Faktoren Arbeit und Kapital sowie Finanz- und Warenströmen.

- Eine nachhaltige Ökonomie soll ökologische, ökonomische, soziale und kulturelle Belange gleichermaßen berücksichtigen. Ökonomische bzw. monetäre Aspekte sind nur eine von verschiedenen relevanten Größen. Im Mittelpunkt stehen Stoffströme (Konsistenz) sowie die Re-Organisation der (gesellschaftlich notwendigen) bezahlten und unbezahlten Arbeit.

Die vorhandenen Spannungsfelder von Produktionsregime und nachhaltigem Wirtschaften lassen sich nur bedingt auflösen. In mindestens drei Punkten ergeben sich - trotz der beträchtlichen Divergenzen der dargestellten Ökonomieverständnisse – Schnittmengen, an denen sich die Sichtweisen zumindest nicht prinzipiell ausschließen.

So wird Wirtschaftswachstum von der Ostdeutschlandforschung zwar für den ökonomischen Aufholprozess prinzipiell als wichtig, nicht aber als Ziel an sich eingestuft. Das Ziel, die Lebensqualität zu steigern, kann durch ein wie auch immer definiertes qualitatives Wachstum verbessert werden, lässt sich aber nicht allein am materiellen Lebensstandard bemessen. Von beiden Forschungsrichtungen wird anerkannt, dass es neben dem Bedarf nach Nahrung, Wohnung, Schutz, Energie, Mobilität etc. auch Bedürfnisse gibt, die über das hinausgehen, was am Markt angeboten wird. Dies ist beispielsweise das Bedürfnis nach Liebe, Gemeinschaft, Freiheit oder Beteiligungsmöglichkeiten. Einigkeit besteht auch darüber, dass das Gewicht des Reproduktiven bzw. der Reproduktionsarbeit, also Tätigkeiten wie Hausarbeit, Kinder- und Altenversorgung, bürgerschaftliches Engagement – traditionell eher Frauenarbeit – aufgewertet werden muss. Vor diesem Hintergrund sehen beide Stränge nicht zuletzt die politischen Versuche, ein Wirtschaftswachstum im traditionellen Sinne zu befördern, durchaus kritisch.

Mit Blick auf mögliche zukunftsfähige Entwicklungsperspektiven liegt die zentrale Gemeinsamkeit in der Überzeugung, dass eine wirtschaftliche Entwicklung ressourcenschonend sein und eine gesellschaftliche Teilhabe durch Erwerbsarbeit und andere Arbeitsformen schaffen muss. Solche Produktionsregime können, müssen aber nicht, vereinbar mit nachhaltiger Entwicklung sein. Langfristig sollte überlegt werden, inwiefern eine Verbindung zwischen Wachstum und Nachhaltigkeit im Sinne einer qualitativen wirtschaftlichen Entwicklung nicht nur für Ostdeutschland sinnvoll und machbar ist. Um einen entsprechenden Anschluss der Ergebnisse der Nachhaltigkeitsforschung an die makroökonomischen Analysen der Ostdeutschlandforschung zu ermöglichen, müsste die Nachhaltigkeitsforschung zukünftig einen wesentlich differenzierteren makroökonomischen Ansatz entwickeln. Es sollte hierzu überprüft werden, inwiefern sich ein solcher Ansatz am besten durch die empirische Untersuchung von Beispielbranchen oder Netzwerken entwickeln, die parallel in der Perspektive der Ostdeutschland- und Nachhaltigkeitsforschung durchgeführt werden.

Welche Fragen ergeben sich daraus für die Forschung?

- Wie kann ein innerdeutscher Angleichungsprozess ohne ein rein quantitatives Wirtschaftswachstum in Ostdeutschland ermöglicht werden? Was für eine Art Wachstum will man haben?
- Ist ein qualitativer Wandel vorstellbar? Wie muss der Wachstumsbegriff für die Umbruchsituation in Ostdeutschland, aber auch in der Nachhaltigkeitsperspektive für Deutschland insgesamt, definiert werden, damit der Begriff des „qualitativen Wachstums“ Substanz erhält?
- Kann Ostdeutschland eine Vorreiterrolle im Sinne einer Ausrichtung auf ein qualitatives Wachstum übernehmen?

- Wo finden sich Ansätze für ein qualitatives Wachstum im Sinne eines sozial-ökologischen Umbaus mit umweltpolitischen Effekten, positiven Wirkungen auf Beschäftigung, soziale Sicherheit und soziale Gleichheit?
- Gibt es tatsächlich einen Widerspruch oder trade-off zwischen Wirtschaftswachstum und nachhaltiger Entwicklung? Wenn ja, worin besteht er? Wie kann er empirisch belegt werden? Oder handelt es sich um einen ideologischen Konflikt, der entsprechend analysiert (dekonstruiert?) werden muss?
- Inwieweit lässt sich nachhaltige Entwicklung als ein gerade für Ostdeutschland zukünftiges und tragfähiges und wirtschaftlich erfolgreiches „Markenzeichen" fördern?
- Inwieweit kann eine nachhaltige Perspektive für Ostdeutschland entwickelt und realisiert werden, wenn die globalen ökonomischen Rahmenbedingungen genau dies eigentlich nicht zulassen?
- Wie müssten empirische Untersuchungen zu „Erfolgsbeispielen" in Ostdeutschland konzipiert werden?

3.2 Zwischen Weltmarktorientierung und endogener Regionalentwicklung: Wie lassen sich ökonomische und nachhaltige Strategien verbinden?

An die Frage nach geeigneten Formen wirtschaftlicher Entwicklung für Ostdeutschland schließt sich die Frage an, welche ökonomischen Strategien Erfolg versprechend und realistisch sind. Es wird sichtbar werden, dass die von den unterschiedlichen Forschungsrichtungen diskutierten Politikstrategien auf sehr unterschiedlichen Handlungsebenen ansetzen. Es lassen sich mindestens folgende drei Ebenen unterscheiden: eine globale/internationale (Weltmarkt), eine nationale bzw. auch ostdeutsche (Binnenmarkt) sowie drittens eine regionale Ebene (Märkte der regionalen Versorgung). Durch die vorgeschlagenen politischen Interventionen werden jeweils ganz unterschiedliche Märkte und Marktakteure adressiert.

Im Folgenden werden die drei wirtschaftspolitischen Ansätze, die für unsere Fragestellung relevant sind, dargestellt und diskutiert:

- Erstens die Förderung von Clustern und Branchenschwerpunkten, wie sie die Bundesregierung und einige ostdeutsche Länder betreiben;
- zweitens ein volkswirtschaftlich konzipiertes Investitionsprogramm für Ostdeutschland, wie es die Ostdeutschlandforschung vorschlägt und
- drittens die Strategie einer endogenen Regionalentwicklung, wie sie von Seiten der Nachhaltigkeitsforschung diskutiert wird.

Clusterförderung

Die Bundesregierung sowie einige ostdeutsche Bundesländer, z.B. Brandenburg und Sachsen, verfolgen seit einigen Jahren die Strategie, Wirtschaftscluster und Branchenschwerpunkte zu fördern. Nach dem Auf- und Ausbau einer modernen Infrastruktur und einer breit angelegten Förderpolitik für Ostdeutschland wurde Kritik an dieser Form der „Gießkannenförderung" laut: Diese sei zu wenig effizient (u.a. Dohnanyi & Most 2004). Daraufhin erfolgte eine neue strategische Ausrichtung der Wirtschaftsförderung. Diese steht unter dem Motto „Stärken stärken". Die Förderung ist primär betrieblich ausgelegt, nicht volkswirtschaftlich. Sie ist exportorientiert und zielt auf die Integration von

Betrieben in den Weltmarkt. Einkommen und Arbeitsplätze sollen vor allem durch Exporte geschaffen werden. Gefördert werden folgerichtig insbesondere solche Betriebe, die besonders gute Chancen auf dem Weltmarkt haben. Die Förderung kommt insbesondere solche Betrieben zu Gute, die regionalen oder Branchenschwerpunkten angehören, die als besonders zukunftsträchtig gelten. Die Grundlage für diese Einstufung bildet unter anderem eine Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle (IWH) im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bauwesen und Wohnen (Abteilung Aufbau Ost), die die entsprechenden Branchenschwerpunkte und Wirtschaftscluster in Ostdeutschland identifizierte (Rosenfeld et al. 2004). Brandenburg hat diese Strategie unter den ostdeutschen Bundesländern bislang am konsequentesten umgesetzt (Ribhegge 2006).

Die wirtschaftstheoretische und empirische Grundlage für dieses Konzept ist äußerst dünn. Eine empirische Analyse der Clusterförderung und der Clustereffekte steht aus. Kritiker argumentieren daher, dass die Wirkung einer Förderung am Weltmarkt orientierter Wirtschaftscluster kaum erforscht sei. Sie lasse sich nur schwer abschätzen und berge Risiken für die ökonomische Entwicklung der Regionen. Nur wenigen Betrieben sei bisher tatsächlich die Integration in den Weltmarkt gelungen. Diese würden als Erfolgsmodelle publik gemacht, hätten aber den Sprung auf den Weltmarkt in der Regel nur wegen der Kappung ihrer regionalen ökonomischen und sonstigen Bezüge geschafft. Daher hätten sich kaum regionale spill over-Effekte ergeben. Erfolgreiche Unternehmen kooperierten vorwiegend mit westdeutschen oder internationalen Unternehmen. Demgegenüber sei die Mehrzahl der ostdeutschen Betriebe praktisch ausschließlich auf den stagnierenden ostdeutschen Markt verwiesen, habe kaum Exportchancen und überregionale Geschäftsverbindungen (Land 2006). In der fragmentierten Ökonomie Ostdeutschlands sei daher zwar eine nach Regionen und Sektoren differenzierte Förderpolitik durchaus sinnvoll, aber sie könne auch dazu führen, dass die Fragmentierung noch weiter vorangetrieben werde.

Transfers für volkswirtschaftliche Investitionsprogramme

Die Ostdeutschlandforschung schlägt als sinnvolle wirtschaftspolitische Förderstrategie ein groß angelegtes Investitions- und Innovationsprogramm für Ostdeutschland vor. Ein solches Programm sollte volkswirtschaftlich und nicht betriebswirtschaftlich konzipiert sein. Busch schlägt ein gesamtstaatlich finanziertes Investitionsprogramm vor, für das allerdings die Transferleistungen in Richtung Ostdeutschland weiter erhöht werden müssten (Busch 2006, S. 26). Konkret könnte es sich beispielsweise um ein Investitionsprogramm zur Förderung regenerativer Energien in Ostdeutschland handeln. Eine solche makroökonomisch ausgerichtete Strategie wäre auf nationaler bzw. ostdeutscher Ebene angesiedelt. Sie würde vor allem auf die Schaffung von stabilen Wirtschaftsstrukturen und eines selbst tragenden Aufschwungs in Ostdeutschland zielen. Dies kann und wird vermutlich auch eine partielle Integration in den Weltmarkt bedeuten.

Der Unterschied zur Clusterförderung der Bundesregierung liegt darin, dass nicht einzelne Unternehmen gefördert werden. Vielmehr würde ein solches Investitionsprogramm auf einem umfassenden Strategiekonzept und einer langfristigen energiepolitischen Ausrichtung beruhen. Ferner würde es sich um Anschubfinanzierungen handeln, die davon absehen würden, nur bereits erfolgreiche Unternehmen zu fördern.

Im Unterschied zu den bisherigen Transferleistungen soll ein solches Investitionsprogramm tatsächlich auch in Ostdeutschland Investitionsimpulse auslösen. Die bisherigen Transferleistungen ermöglichen zwar einen hohen materiellen Lebensstandard in Ostdeutschland, führen aber nach Einschätzung der Ostdeutschlandforschung zu einer kritischen Wirtschaftsstruktur in Ostdeutschland, einer

Transferökonomie. Da die Transfers überwiegend konsumtiv wirken, lösen sie dort keine Investitionsimpulse aus, sondern in den Regionen, aus denen die Güter und Dienstleistungen bezogen werden, also vor allem in Westdeutschland. Für einen erfolgreichen wirtschaftlichen Aufholprozess müssten aber die Investitionen in Ostdeutschland höher sein als in Westdeutschland. Dies spricht aus Sicht der Ostdeutschlandforschung jedoch nicht gegen eine Transferpolitik, sondern nur gegen ihre derzeitige Umsetzung. Auch sollte die Wirtschaftspolitik darauf abzielen, dass zumindest Teile der ostdeutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig werden. Ostdeutschland müsste exportieren, nicht importieren. Sonst wird der „Transferkreislauf ... zur Entwicklungsfalle, aus welcher es kurzfristig kein Entrinnen gibt." (Busch 2006, S. 25).

Endogene nachhaltige Regionalentwicklung

Einen wirtschaftspolitisch sinnvollen Ansatzpunkt aus Sicht der Nachhaltigkeitsforschung bildet schließlich die Ebene der Regionalentwicklung. Die Nachhaltigkeitsforschung untersucht, inwiefern insbesondere regionale Wirtschaftsnetzwerke und die Mobilisierung endogener Ressourcen ein langfristig sinnvolles ökonomisches Entwicklungspotenzial bergen.[12]

Das Hauptaugenmerk gilt jedoch bisher solchen Unternehmen und Wirtschaftsaktivitäten, die kaum Chancen im globalen Wettbewerb haben und denen praktisch gar keine andere Wahl bleibt, als sich auf die eigenen Kräfte zu konzentrieren, da Fördergelder und Investitionen von außen immer weiter zurückgehen. Auf dieser Basis ist es kaum möglich, die Chancen einer konsequenteren endogenen Wirtschaftsstrategie abzuschätzen. Insbesondere die Möglichkeiten und Grenzen einer makroökonomischen Integration sind noch offen. Absehbar ist, dass die Förderung endogener Regionalentwicklungsprozesse bestehende Abhängigkeiten vermindern und eigene Potenziale aktivieren kann. Ebenso absehbar ist jedoch das Risiko, dass ostdeutsche Regionen noch stärker als bisher von überregionalen Märkten und Ressourcenflüssen abgekoppelt werden, was angesichts der äußerst prekären aktuellen Lage kritisch zu sehen ist.

Generell ist es in der Perspektive der Nachhaltigkeitsforschung sinnvoll und notwendig, nachhaltiges Wirtschaften in Ostdeutschland auf allen drei oben genannten Ebenen zu unterstützen.

Auf der „Mikro"-Ebene einzelner Projekte, Initiativen und Unternehmen gibt es in Ostdeutschland bereits eine Vielzahl an Modellen und Wirtschaftsformen, die einer nachhaltigen Wirtschaftsweise zugerechnet werden können. Beispiele dafür sind die bereits genannten Gemeinschaftsnutzungseinrichtungen (Bonas et al. 2006) und Aktivitäten im Bereich der ökologischen Land- und Ernährungswirtschaft (Nölting & Schäfer 2006b) sowie im Rahmen sozial-ökologischer Transformationsprozesse im Raum Dessau (Hofmeister & Scurrell 2006). Die Untersuchungen im Rahmen dieser Forschungsprojekte zeigen, dass die Modellprojekte und nachhaltigen Unternehmen sehr viel Kraft aufwenden müssen, um überleben zu können. Außerdem wird deutlich, dass und wie die aktuellen Rahmenbedingungen, insbesondere auch die Dichotomie zwischen reproduktiven und produktiven Tätigkeiten und Leistungen sowie die Trennung von Wirtschafts-, Lebens- und Naturraum den Wandel zur Nachhaltigkeit blockieren (ebd.). Dies gilt auch für die bisherige Förderung, die nach wie vor

12 Konkret werden hierzu Ansätze in den Bereichen regenerative Energien, ökologische Land- und Ernährungswirtschaft, Mobilität (vgl. zum Projekt MobiKult Eine nachhaltige Mobilitätskultur in ländlichen Regionen Brandenburgs, gefördert durch LEADER+, http://www.mobikult.de/) und Gemeinschaftsnutzungseinrichtungen untersucht.

allein marktwirtschaftliche Aktivitäten stärkt. Reproduktive, nicht-marktliche, bürgernahe Projekte und Positionen werden ausgegrenzt und abgewertet.

Strategischer Handlungsbedarf und Ansatzpunkte liegen angesichts dieser Hemmnisse und Blockaden in der Bündelung nachhaltiger Projekte, Initiativen und Unternehmen in regionalen oder thematischen Netzwerken. Dies könnte auch den Zugang der einzelnen Mitglieder zu den unterschiedlichsten Ressourcen erheblich verbessern.[13] Solche regionalen Netzwerke bilden in einigen Fällen bereits den Übergang zur „mittleren (Meso-)Ebene" nachhaltigen Wirtschaftens. Gemeint sind Fälle, in denen die Unternehmen (und Konsumenten) nachhaltig agieren und zugleich unter den gegebenen Bedingungen am Markt erfolgreich sind. Meist geschieht dies in einer Marktnische. In Ostdeutschland sind Wirtschaftszweige wie der Bereich der regenerativen Energieerzeugung oder der Öko-Landbau Beispiele dafür. Ähnlich gelagert sind die Netzwerke, die sich im Rahmen von Großschutzgebieten (z.B. Biosphärenreservaten) zusammengeschlossen haben, um neben den ökologischen auch die ökonomischen Potenziale der entsprechenden Regionen zu entwickeln. Regionalmarken wie die Spreewald oder übergreifende Konzepte für Tourismus, Land- und Forstwirtschaft und Marketing sind sichtbare Produkte solcher Zusammenschlüsse. Nicht alle diese Aktivitäten sind erfolgreich, aber sie zeigen, dass und wie im Rahmen regionaler Netzwerke ökologische Ressourcen entwickelt oder erhalten und gleichzeitig Einkommen für die Region erzielt werden können. Eine besondere Herausforderung ist der Anschluss solcher nachhaltigen Branchen und Netzwerke an die Makroebene, d.h. die Entwicklung von Konkurrenzfähigkeit auf überregionalen Märkten. Bisher ungelöst ist die Frage, wie dies gelingen kann, ohne dass es zu einem Verlust der Charakteristika nachhaltigen Wirtschaftens bzw. zu einer Reduktion auf (marktkonforme) rein monetäre Erwägungen und Handlungslogiken kommt. Die Herausforderungen und „Stolperfallen" für die Beibehaltung einer nachhaltigen Wirtschaftsweise werden im Folgenden anhand der Entwicklung der Windenergiebranche illustriert:

Am ZTG hat das Projekt „Eine Innovationsbiographie der Windenergie unter besonderer Berücksichtigung der Absichten und Wirkungen von Steuerungsimpulsen" die Entwicklung der Windenergiebranche analysiert (Ohlhorst & Schön 2007; Schön et al. 2007, S. 80-97). Ein zentrales Ergebnis dieses Vorhabens ist, dass diese Entwicklung in verschiedenen Phasen ablief, die im Hinblick auf die Verwirklichung des Nachhaltigkeitsleitbildes unterschiedlich zu bewerten sind.

In der Initiierungsphase der Windenergie agierten ethisch und ökologisch motivierte Pioniere auf der „unteren" oder „Mikro"-Ebene. Sie begannen damit, auf einem sehr niedrigen ökonomischen Niveau Strom zu produzieren. Dies geschah primär im Zusammenhang sozialer Netzwerke. Die Projekte waren regional eingebettet und (noch) vom Markt abgekoppelt.

In der zweiten Phase, dem beginnenden Wachstum des Windenergiebereiches, waren noch dieselben („Mikro-„) Akteure aktiv. Hinzu kam aber ein Engagement größerer Unternehmen, Netzwerke und Verbände. In dieser zweiten Phase wurde die Windenergie kommerziell nutzbar. Es ließ sich mir ihr Geld verdienen. Zugleich agierten die (meisten) Akteure aber noch regional eingebunden und innerhalb ihrer sozialen Netzwerke. Ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Aspekte spielten noch gleichermaßen eine Rolle und wurden integrativ beachtet.

Aufgrund des Booms in den neunziger Jahren wurde die Windenergie zunehmend profitabel. In dieser dritten Phase begannen auch große, global agierende Unternehmen die Möglichkeiten dieses

13 Zu gleich lautenden Schlussfolgerungen kommt beispielsweise auch Berg (2006) für regionale Unternehmen(snetze) in der Lausitz.

Wirtschaftszweigs wahrzunehmen und zu nutzen. Markt-„Zwänge“ wurden zur dominierenden Handlungsrationalität, es kam zu einer Verabsolutierung der ökonomischen Aspekte. Das Management von zunehmend entstehenden Großanlagen, economies of scale und off shore-Windkraftanlagen kann nur noch von Großunternehmen geleistet werden. Alle anderen Zusammenhänge ökologischer und sozialer Art wurden von den Akteuren dieser „übergeordneten“, makroökonomischen, internationalen Ebene da aufgelöst, wo sie der Handlungsrationalität des Marktes zuwiderlaufen. Die positiven Effekte, die mit einer nachhaltigen Wirtschaftsweise einhergehen, wurden minimiert. Inwieweit solche Projekte noch als „nachhaltig“ bezeichnet werden können, ist durchaus strittig.

Vor dem Hintergrund dieser Untersuchungsergebnisse stellt sich die Frage, ob und wie die positiven Eigenschaften der ersten beiden Entwicklungsphasen konserviert werden können. Erfolgen bei wirtschaftlichem Erfolg quasi zwangsläufig der Übergang zur dritten Phase und damit eine Loslösung von zentralen Nachhaltigkeitsaspekten? Anders gefragt: Ist nachhaltiges Wirtschaften in großem Stil überhaupt möglich?

Fazit: Anders als bei der Frage nach (makro-)ökonomischen Entwicklungskonzepten und –formen zeigt sich bei der Frage nach ökonomischen Strategien, dass ein Vergleich der beiden Forschungsrichtungen im Hinblick auf Unstimmigkeiten und Übereinstimmungen wenig sinnvoll ist. Zu unterschiedlich sind der identifizierte Handlungsbedarf und die vorgeschlagenen Strategien. Sinnvoller scheint es, an dieser Stelle zu fragen, inwiefern sich die Argumente und vorgeschlagenen Ansätze der Nachhaltigkeits- und der Ostdeutschlandforschung ergänzen könnten. Vergleicht man die Strategien, dann wird deutlich, dass sie jeweils einen besonderen Schwerpunkt haben und nur einen Teil der ostdeutschen Wirtschaft adressieren. Es ist unwahrscheinlich, dass allein ein Investitionsprogramm für eine Branche oder erfolgreiche Formen endogener, nachhaltiger Regionalentwicklung die ökonomischen Probleme in Ostdeutschland lösen können. Unseres Erachtens ist deshalb insbesondere die zuletzt thematisierte Frage weiterzuverfolgen, wie Branchen und Netzwerke nachhaltigen Wirtschaftens der Anschluss an makroökonomische Strukturen in Ostdeutschland gelingen kann.

Welche Fragen ergeben sich daraus für die Forschung?

- Wie können erfolgreiche ökonomische Entwicklungspfade aussehen und unterstützt werden, die die Chancen und Potenziale der überregionalen Märkte nutzen und den Anforderungen nachhaltiger Entwicklung gerecht werden?
- Wie können überregionale Wirtschaftsimpulse genutzt werden, um Ressourcen nach Ostdeutschland zu lenken, statt sie von dort abzuziehen?
- Wie können die global orientierten Unternehmen in Ostdeutschland wieder stärker für die Region in die Verantwortung genommen werden (Schaffung von Ausbildungsplätzen, Kooperation mit regionalen Zulieferern und in regionalen Netzwerken)?
- Wie kann der Schritt einzelner Vorhaben zu übergreifenden Netzwerken unterstützt werden, so dass diese wirtschaftlich selbst tragend sind? Wie kann dies insbesondere für Vorhaben und Netzwerke gelingen, die einen stärker sozialen Hintergrund haben wie soziale Dienstleistungen (Pflege, Weiterbildung, Qualifizierung) oder Selbsthilfeprojekte?
- In welchen Bereichen könnte es gelingen, durch gezielte Wachstumsimpulse nachhaltiges Wirtschaften auf der „Mesoebene“ bzw. regionalen Netzwerkebene zu stärken und zu erhalten?
- Wie lassen sich Nachhaltigkeitsbelange auch in Unternehmen und Branchen erhalten, die aufgrund ihrer ökonomischen Erfolge auf der Weltmarktebene agieren?

3.3 Wachstumsorientierte versus nachhaltigkeitsorientierte Akteure: Wie können die für eine zukunftsfähige Entwicklung in Ostdeutschland relevanten Akteure unterstützt werden?

Angesichts der aktuellen Probleme in Ostdeutschland stellt sich neben der Frage nach geeigneten ökonomischen Entwicklungspfaden und wirtschaftspolitischen Strategien die Frage, wer die Protagonisten einer nachhaltigen Entwicklung und neuer Regulationsregime in Ostdeutschland sein können.

Zukunftsfähige Entwicklung braucht – unabhängig von der Entwicklungsrichtung – Protagonisten, die entsprechende Aktivitäten initiieren und weiterverfolgen. Da neue Entwicklungen sich immer in einem generell widrigen Umfeld entwickeln müssen, ist ferner zu fragen, wie diese unterstützt werden können.

Hinsichtlich der Akteursfrage sind die Ausgangsbedingungen zwischen Ost- und Westdeutschland besonders unterschiedlich. Die Ursache dafür ist, dass sich in der DDR und der alten BRD über Jahrzehnte hinweg unterschiedliche Gesellschaftsformen ausgebildet haben, was auch die Engagementbereitschaft in der Bevölkerung sehr geprägt hat. 15 Jahre nach der „Wende" haben sich diese Unterschiede noch nicht nivelliert. Trotz der enormen Umstellungs- und Anpassungsleistung der ostdeutschen Bevölkerung an die neuen Bedingungen, haben sich Eigenständigkeiten und Unterschiede bewahrt. Typische Charakterisierungen der ostdeutschen Befindlichkeiten sprechen dabei meist von einer „fehlenden Unternehmermentalität" oder auch von „mangelnder Verantwortungsbereitschaft".

Die zivilgesellschaftliche Mobilisierung in der DDR erreichte während der Wende 1989/90 einen Höhepunkt und nahm in den Jahren nach der Vereinigung deutlich ab. Die Grunde hierfür sind vielfältig (zum Folgenden vgl. Croissant, Lauth & Merkel 2000; Rink 1999; Rucht, Blattert & Rink 1997; Nölting 2002, S. 130-140): Die sozialen Bewegungen, die in der Wendezeit entstanden waren, hatten durch die rasche Transformation kaum Zeit und Raum, eine eigenständige Entwicklung fortzuführen. Der Einführung formaler demokratischer Verfahren stand eine ernüchternde politische Wirklichkeit gegenüber. Die Sorge um einen Arbeitsplatz bremste und bremst gesellschaftliches Engagement vieler Menschen. Die großzügige Gewährung von ABM bis Mitte der 1990er Jahre trug zu einer starken Formalisierung und Bürokratisierung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten bei: Ehrenamtliches Engagement wurde durch hauptamtliche ABM ersetzt. Und schließlich trägt auch die demografische Schrumpfung in Ostdeutschland, verursacht durch Geburtenrückgang, Abwanderung und Alterung, dazu bei, dass die Basis an Akteuren und Protagonisten zahlenmäßig ausgedünnt wird. Die Analyse von Binde- und Haltefaktoren ostdeutscher Städte (Jain & Schmitthals 2006[14]) in Bezug auf Wanderungsbewegungen weist auf einen Teufelskreis zwischen demografischer Schrumpfung und zivilgesellschaftlichen Netzwerken hin:

„Für die negative demografische Sonderentwicklung ist daher nicht in erster Linie die Abwanderung verantwortlich, sondern dass die Wanderungsverluste nicht durch Zuzüge ausgeglichen werden konnten. Die Gründe für die Abwanderung und mangelnde Zuwanderung sind dabei die gleichen: Durch die Deindustrialisierung sind zahlreiche Arbeitsplätze weggefallen und der Strukturwandel der Wirtschaft hat noch nicht in ausreichendem Maße für Ersatz gesorgt. Die hohe Arbeitslosigkeit sorgt außerdem für ein niedriges Lohnniveau, das die Konkurrenz ostdeutscher Unternehmen um

14 Rückwanderung – dynamischer Faktor für ostdeutsche Städte, gefördert vom BMVBF, http://www.nexus-berlin.com/Nexus/Bereiche/Arbeit/rueckwanderung.html

qualifizierte Arbeitnehmer erschwert. Qualifizierten Arbeitnehmern fällt die Entscheidung zum Wegzug leicht, wenn sie anderswo mehr verdienen, zumal noch weitere Faktoren das Image ostdeutscher Regionen herabziehen." (Dienel, Jain & Schmitthals 2005, S. 15)

Allein einen Rückgang des Engagements festzustellen, greift jedoch zu kurz. Vielmehr haben sich nach dem tief greifenden gesellschaftlichen Umbruch der Wiedervereinigung neue Strukturen zivilgesellschaftlichen Engagements entwickelt und bestehende angepasst. So weisen beispielsweise Thomas & Woderich (2006) darauf hin, dass sich in Ostdeutschland neue soziale Netzwerke und Kooperationen herausgebildet haben, die als funktionale Äquivalente zu den westdeutschen zivilgesellschaftlichen Strukturen aufgefasst werden können (vgl. auch ländliche Netzwerke bei Segert & Zierke 2004). Diesen mangelt es jedoch teilweise an Handlungskapazitäten, Durchsetzungsmacht und öffentlicher Wahrnehmung. Dass einige Studien zum aktuellen zivilgesellschaftlichen Engagement in Ostdeutschland ein geringeres Niveau als in Westdeutschland sehen, kann somit auch den Untersuchungskriterien geschuldet sein (Deutscher Bundestag 2002, S. 106-110), die sich vermutlich eher an den traditionelleren Formen westdeutschen Engagements orientieren.

Wie sich in den vorangegangenen Kapiteln schon andeutet, steht die Frage der Förderung von Akteuren in der Ostdeutschlandforschung nicht unbedingt im Mittelpunkt. Es gibt jedoch in diesem Forschungskontext auch Vorhaben, die sich nicht mit makroökonomischen Fragen befassen, sondern ebenfalls mit der Meso- und Mikroebene. Hier steht die Förderung und Unterstützung ökonomischer Akteure auf der Regionalebene im Mittelpunkt, die zur Entwicklung von Regionalentwicklungsperspektiven beitragen können. Ein anschauliches Beispiel dafür ist das EU-Projekt AREE, das im Landkreis Elbe-Elster (Lausitz) die Strategie einer „akteurszentrierten" Regionalentwicklung verfolgt (Berg 2006)[15].

Die Ergebnisse dieses Projektes zeigen, dass informelle Netzwerke im Vergleich zu Kommunen und Verwaltungen inzwischen eine weitaus größere Bedeutung als Motoren einer zukunftsfähigen Regionalentwicklung haben. Regionale Akteure sind dabei vor allem projektorientiert. Konkrete Projekte mit absehbaren Zielen und Nutzen für die beteiligten Akteure stehen im Vordergrund. Ihr Interesse an Konzepten und Strategien ist eher gering, stärkeren Kooperationen und strategischer Zusammenarbeit, einer „Zentralisierung" wird eher Skepsis entgegen gebracht. Die regionalen Netzwerke können in diesem Rahmen unter anderem die regionale Öffentlichkeitsarbeit, die Entwicklung gesamträumlicher Entwicklungskonzepte oder eine gemeinsame Kooperation bei der Projektakquise übernehmen. Sind solche Netzwerke nicht vorhanden, stellt dies ein zentrales Manko für eine Region dar. Daraus ergibt sich, dass ein Rahmen geschaffen werden sollte, der eine inhaltliche Reflexion und Ausrichtung der Projekte und die Einbindung in übergeordnete regionalpolitische Zielsetzungen und Konzepte für eine Region ermöglicht (und damit eine für die Gesamtregion sinnvolle Zielsetzung und Strategie).

Im Rahmen der Nachhaltigkeitsforschung steht das zivilgesellschaftliche Engagement im Vordergrund, wobei die Abgrenzung zwischen ökonomischen und nichtökonomischen Aktivitäten fließend ist und eher von Schwerpunktsetzungen geredet werden kann. Für eine nachhaltige Entwicklung stellt zivilgesellschaftliches Engagement eine zentrale Voraussetzung dar. Aus Sicht der Nachhaltigkeitsforschung sind aktive Bürgerinnen und Bürger vor Ort ein wesentlicher Kristallisationspunkt für deren Realisierung.

15 AREE: „Antizipative Regionalentwicklung Elbe-Elster" wird gefördert von der Europäischen Union; www.aree.de

Auch wenn sich in Ostdeutschland bisher nur wenige Menschen explizit mit dem Konzept nachhaltiger Entwicklung befassen[16], gibt es Initiativen, die entsprechende Ziele verfolgen und daher durchaus als Protagonisten einer solchen Entwicklungsrichtung gelten können. Diese Initiativen und Projekte sind zumeist auf der lokalen Ebene tätig. Hierzu gehören beispielsweise kleine Vereine wie Gemeinschaftsnutzungseinrichtungen, Raumpioniere, Selbsthilfegruppen etc. Charakteristisch für diese Handlungszusammenhänge ist, dass in erster Linie ethische Aspekte handlungsleitend sind und die Mobilisierung und Wertschätzung sozialen Kapitals eine große Rolle spielt. Vieles hängt vom Engagement (einzelner) Personen ab. Die Akteure kontrollieren die Aktivitäten selbst, haben aber nur sehr wenige Ressourcen und müssen oft in einem krisenhaften Umfeld arbeiten, das wenig motivierend ist. Es besteht daher immer die Gefahr, dass diese Aktivitäten im Kleinen verhaftet bleiben und keinen Anschluss an übergreifende Netzwerke, Bewegungen und Organisationen herstellen können. Oftmals geht solchen Einzelinitiativen mittelfristig „die Puste aus". Ein weiteres Problem ist, dass solche Ansätze sich ökonomisch meist nicht selbst tragen. Sie sind damit abhängig von externen Transfers und indirekt auch von den Leitbildern der Geldgeber (Nölting & Schumacher 2006).

Zwei Ansatzpunkte scheinen plausibel für Strategien, um die Akteure einer nachhaltigen Entwicklung zu stärken: Die Gewinnung neuer Akteure und die Stärkung der bestehenden Akteure durch Netzwerke und Kooperation. Die Gewinnung neuer Akteure für eine nachhaltige Entwicklung lässt sich vorantreiben durch

- eine systematische Ansprache solcher Gruppen, die ähnliche Interessen verfolgen. Dies können beispielsweise Verbände wie Umweltorganisationen, Kirchen und Volkssolidarität sein;
- die Gewinnung von Unternehmen z.B. aus der Umweltschutzbranche, die sich mit Nachhaltigkeitsaktivitäten profilieren könnten;
- die Gewinnung von Verbündeten in staatlichen Institutionen, zumindest in solchen Modellprojekten, die eine Chance zur politischen Profilierung bieten. Staatliche Institutionen stehen vor dem Problem, dass sie hoch verschuldet sind und unter einem enormen Druck stehen, Erfolge in Bezug auf Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze vorzuweisen. Alles andere scheint aus politischer Perspektive (und daher auch aus der Sicht der Verwaltungen) zunächst sekundär. Daher ist die Strategie, hier Verbündete zu gewinnen, eher eine mittelfristige.

Ebenso notwendig ist die Stärkung und Unterstützung von Akteuren im Rahmen übergreifender Handlungszusammenhänge. Die Bereitstellung einer sozialen Mindest-Infrastruktur, das Unterstützen „menschlicher Leuchttürme", die Stärkung und Nutzung lokaler Potenziale durch gemeinschaftliches Handeln und eine stärkere Orientierung des Verwaltungshandelns an Menschen sind mögliche Ansätze (Noelting & Schumacher 2006). Die Akteure von Nachhaltigkeitsinitiativen sollten sich - unter Einbezug von Verbänden, Unternehmen, Unternehmensnetzen und staatlichen Institutionen - zu Netzwerken nachhaltiger Entwicklung zusammenschließen. Mit professionellen Organisationsstrukturen, die effektiv Nachhaltigkeitsinteressen vertreten, können auch ressourcenstarke Akteure leichter hinzu gewonnen werden. Auch würden Nachhaltigkeitsakteure in der Öffentlichkeit stärker wahrgenommen. Um solche Netzwerke zu initiieren und zu begleiten, benötigen die Akteure zusätzliche Ressourcen – die wahrscheinlich von außen kommen müssen.

16 In Westdeutschland ist die Situation nur wenig besser.

Das Forschungsprojekt „Energieregion Lausitz“[17] bestätigt dies beispielhaft für den Bereich der erneuerbaren Energien (vgl. Keppler & Töpfer 2006). Die Ergebnisse des Projektes zeigen dabei insbesondere, dass auch das Engagement bzw. die Engagementbereitschaft der ökonomischen Akteure nicht nur von finanziellen Aspekten abhängt, sondern auch von eben den genannten „sozialen Faktoren“. Finanzielle Anreize und Förderprogramme spielen zwar durchaus eine Rolle und werden auch gerne genutzt – sofern sie bekannt und die relevanten Informationen zugänglich sind. Aber neben den eher individuenbezogenen Faktoren wie Offenheit für Neues und Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme („Regionale Mentalität“), spielen die (zumeist fehlende) politische Unterstützung von Aktivitäten und Projekten sowie die (fehlende bis unzureichende) Vernetzung der Netzwerke und Aktiven in der Region eine große Rolle für den Ausbau erneuerbarer Energien. Auch dieses Forschungsprojekt kommt daher zu dem Schluss, dass die Akteure – in diesem Falle die Initiatoren oder „Pioniere“ der vorwiegend ökonomisch motivierten Erneuerbare Energien-Projekte - dabei unterstützt werden sollten, (Netzwerk-)Strukturen und Kompetenzen aufzubauen, die sie bei ihrer Arbeit, etwa bei der Initiierung von Projekten, Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung und Zusammenarbeit benötigen. Widerstand gegen eine stärkere Vernetzung gibt es aber auch innerhalb der Reihen der Akteure selber: Diese zeigen oftmals ein generelles Misstrauen gegenüber Kooperationen bzw. einer stärkeren Vernetzung, ein starkes Konkurrenzdenken; auch wird der potenzielle Nutzen einer strategischen Zusammenarbeit oft nicht wahrgenommen. Auch dies gilt es, bei der Konzeption von Unterstützungsleistungen zu berücksichtigen.

Fazit: Anders als bei der Frage nach geeigneten ökonomischen Entwicklungspfaden und wirtschaftspolitischen Strategien scheinen bei der Akteursfrage die Übereinstimmungen zwischen Ostdeutschland- und Nachhaltigkeitsforschung zumindest auf den ersten Blick deutlich größer als die Unterschiede. Diese Übereinstimmungen bestehen darin, dass beide Forschungsrichtungen

- die Notwendigkeit sehen, Akteure, die neue Entwicklungspfade initiieren und erproben, zu fördern. Inwieweit es sich dabei um unterschiedliche Akteure handelt, müsste allerdings noch untersucht werden;
- die Unterstützung von Netzwerken bzw. deren Bildung als einen zentralen Ansatzpunkt identifizieren.

So stimmen die bereits erwähnten Projekte AREE und „Energieregion Lausitz“ beispielsweise darin überein, dass die zukunftsfähig agierenden Akteure beim Auf- und Ausbau regionaler Kooperationsstrukturen, bei der Entwicklung von Handlungsstrategien und bei der Weiterentwicklung von Handlungskompetenzen unterstützt werden müssen.

Die Frage nach den Protagonisten einer zukunftsfähigen Entwicklung in Ostdeutschland scheint also ein guter Ansatzpunkt für die Entwicklung gemeinsamer Forschungsfragen und –aktivitäten von Ostdeutschland- und Nachhaltigkeitsforschung zu sein.

Welche Fragen ergeben sich für die Forschung?

- Inwiefern gleichen oder unterscheiden sich der Ansatz der Akteursförderung der Nachhaltigkeits- und der Ostdeutschlandforschung?
- Wie können Akteure in Ostdeutschland ganz konkret und praktisch unterstützt werden? Wer unterstützt wen bzw. könnte wen unterstützen?

17 Energieregion Lausitz – Neue Impulse für die Akzeptanz und Nutzung erneuerbarer Energien, BMU gefördert, http://www.ztg.tu-berlin.de/lausitz.shtml

- Inwiefern müssten hierbei Ost-West-Unterschiede berücksichtigt werden? Welche Bedeutung haben die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen für ein zivilgesellschaftliches Engagement in Ost und West für die Entwicklungspotenziale Ostdeutschlands?
- Wie muss eine Unterstützung von Akteuren gestaltet sein, damit sie nicht in Bevormundung umschlägt, die kontraproduktiv zur Eigeninitiative wirken kann? Sind Projekt- und Netzwerkförderung ein probates Mittel?
- Wie können Akteure den Anschluss zwischen der individuellen, sozio-kulturellen Mikroebene zu den Strukturen, die auf der Makroebene relevant sind, gestalten?
- Welche Strukturen auf der mittleren und der makroökonomischen Ebene lassen sich identifizieren, die den Akteuren nachhaltiger Projekte und Netzwerke Anknüpfungspunkte für eine weitere überregionale Entwicklung bieten?

3.4 „Ostdeutscher" Entwicklungsbedarf versus „westdeutsches" Nachhaltigkeitsleitbild: Wie kann Nachhaltigkeit zur Entwicklung zukunftsfähiger Perspektiven für Ostdeutschland beitragen?

Hinter den Fragen nach makroökonomischen Ansätzen, Strategien und Akteuren stehen nicht zuletzt die unterschiedlichen Antworten der Ostdeutschland- und Nachhaltigkeitsforschung auf die Frage nach Leit- oder Grundideen („Visionen"), die sich als Basis für zukunftsfähige Entwicklungsperspektiven für Ostdeutschland eignen: Welche Leitbilder können helfen, die Protagonisten und Akteure zukunftsfähiger Entwicklungen wie auch die „breite Masse" zu motivieren und zu aktivieren? Inwiefern können und müssen etablierte gesellschaftliche Leitideen verändert werden?

Auch wenn letztlich allen gesellschaftlichen Entwicklungskonzepten solche Leitbilder zugrunde liegen, werden diese nur selten explizit thematisiert. In der Regel werden sie kaum einmal bewusst wahrgenommen. Dennoch – oder gerade deshalb – haben Leitbilder eine große Bedeutung und Schlagkraft für das menschliche Handeln auf allen Ebenen.

Eine Voraussetzung für die Wirksamkeit von Leitbildern ist, dass diese von den Menschen akzeptiert und verinnerlicht werden. Perspektiven und Entwicklungsstrategien, die (mehr oder weniger) an etablierte, bekannte Leitvorstellungen anknüpfen, haben es somit vergleichsweise einfach. Neuartige Konzepte und Strategien sind hingegen darauf angewiesen, dass das zugrunde liegende Leitbild (wie das der Nachhaltigkeit) erst einmal überhaupt angenommen wird.

Das Bedürfnis, an „alten" westdeutschen Leitbildern eines stetigen Wirtschaftswachstums als Garant steigenden Wohlergehens – „Wohlstands" – festzuhalten, scheint groß. Das mit der „Wende" und der „Wiedervereinigung" verbundene Konsumversprechen bzw. die Hoffnung auf „nachholende" Konsummöglichkeiten haben in Ostdeutschland eine große Zugkraft. Auch die Politik hält unverändert an dem Ziel fest, für eine Angleichung der Lebensverhältnisse zu sorgen.

Dieser Ausgangslage kommt der Ansatz der Ostdeutschlandforschung, die sich mit der Frage der Zukunftsfähigkeit politischer Leitbilder nicht explizit auseinandersetzt, entgegen. Die deutlichen Modifizierungen politischer Strategien, die ja durchaus angestrebt werden (vgl. Kapitel 2), bewegen sich (zumindest auf den ersten Blick) innerhalb bestehender Leitbilder, hinterfragen „nur" die Wege, wie diese zu erreichen sind.

Das der Nachhaltigkeitsforschung zugrunde liegende Leitbild der infra- und intergenerativen Gerechtigkeit, das die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen mit einschließt, hat hingegen in Ostdeutschland bisher kaum eine Basis. Zudem ist es bislang vorwiegend negativ belegt: Nachhaltige Entwicklung wird mit Konsumverzicht in Verbindung gebracht, also als eine „Verzichtsideologie" verstanden. Das Nachhaltigkeitsleitbild steht also tendenziell unter dem Verdacht, das Konsumversprechen wieder streitig zu machen.

Nachhaltigkeitskritische Stimmen argumentieren, dass das Leitbild in Ostdeutschland bislang auch deshalb keinen nennenswerten Einfluss gewinnen konnte, weil es sich um einen „westdeutschen Import" handele, der die aktuelle sozioökonomische Ausgangssituation in Ostdeutschland außer Acht lasse. Das Nachhaltigkeitsleitbild sei in Zeiten der (westdeutschen) Prosperität entstanden und daher nicht auf Ostdeutschland übertragbar. Unter den aktuellen Bedingungen in Ostdeutschland Verzicht zu fordern, sei zynisch. Das Grundgesetz sehe die Angleichung der Lebensverhältnisse vor, aber in den neuen Bundesländern hätten bislang nicht einmal 50% der Bevölkerung den Zustand erreicht, wie er etwa in Bayern oder Baden-Württemberg für die Menschen gelte.

Bei näherem Hinsehen gibt es jedoch Hinweise, die darauf hin deuten, dass diese Ost-West-Polarisierung zumindest teilweise an der Realität vorbei geht. Zunächst einmal muss infrage gestellt werden, dass es so etwas wie ein „westdeutsches" Nachhaltigkeitsleitbild überhaupt gibt. Nachhaltigkeit ist ein globaler Ansatz und kein speziell westdeutsches „Produkt". Der Gedanke, dass „Umwelt und Entwicklung" (so auch der Titel der UNCED-Konferenz in Rio de Janeiro 1992) zusammengehören und -wirken, stammt aus dem entwicklungspolitischen Kontext, der anfangs vor allem auch auf der internationalen Ebene weiterentwickelt und vorangetrieben wurde.

Da es in Westdeutschland in erster Linie die Ökologiebewegung war, die nachhaltige Konzepte populärer und mehrheitsfähiger machte, wurden in der Folge viele ökologische Standards in Gesetze gefasst. Dennoch kann auch für Westdeutschland nicht davon gesprochen werden, dass Nachhaltigkeitskonzepte die Dominanz einer auf quantitatives Wachstum ausgerichteten Politik grundlegend in Frage stellen konnten. Beachtet man, dass das Nachhaltigkeitsleitbild keine rein ökologische Perspektive ist, sondern auch eine sozio-kulturelle Perspektive, die Arbeit, Soziales, Partizipation und regionalen Bezug gleichermaßen einbezieht, dann muss die Politik- und Mehrheitsfähigkeit wie auch die praktische Umsetzung dieses Leitbildes auch für Westdeutschland deutlich relativiert werden. Und nicht nur in Ostdeutschland, auch in Westdeutschland sind Nachhaltigkeitsansätze insbesondere dort gefährdet, wo die ökonomische Situation sich verschlechtert und die Wirtschaft „um jeden ‚Preis' für die Region", unabhängig von der Art des Wirtschaftens, gefördert wird (Hofmeister & Scurrell 2006, S. 277).

In der Reduktion des Nachhaltigkeitsleitbildes auf den Umweltschutzaspekt liegt ein weiteres Akzeptanzhemmnis. Noch heute wird Umweltschutz gerade in Ostdeutschland oft mit der Deindustrialisierung und den Betriebsschließungen nach der Wende assoziiert. Gleichzeitig verbesserte sich nach der Wiedervereinigung die Umweltsituation in Ostdeutschland deutlich. Insbesondere angesichts der unzureichenden Angleichung der Lebensverhältnisse stellt Umweltzerstörung in der Wahrnehmung der Bevölkerung heute daher ein nachrangiges Problem dar. Dies führt dazu, dass die Befürchtungen überwiegen, dass durch hohe Umweltauflagen Investoren verschreckt werden und die Entstehung von Arbeitsplätzen verhindert wird.

So eindeutig wie auf den ersten Blick scheinen die Ost-West-Polaritäten im Hinblick auf die Politikfähigkeit, Breitenwirkung und praktische Umsetzung des Nachhaltigkeitsleitbildes also gar nicht zu

sein. Von einer generellen „Unvereinbarkeit“ des Nachhaltigkeitsleitbildes mit den ostdeutschen Ausgangsbedingungen kann also nicht generell ausgegangen werden. Auch entsprechen viele Initiativen und Ansätze in Ostdeutschland – insbesondere Initiativen „von unten“ – durchaus dem Nachhaltigkeitsleitbild, auch wenn deren Protagonisten sich nicht explizit auf dieses Leitbild beziehen.

Darüber hinaus zeigt beispielsweise auch das Forschungsprojekt „Energieregion Lausitz“ (Keppler & Töpfer 2006) ein differenziertes Verständnis herrschender Leitbilder, das sich nicht in das Ost-West-Schema einordnen lässt. Interviewergebnisse aus dem Forschungsprojekt, das die regionalen Erfolgsbedingungen für den Ausbau erneuerbarer Energien untersucht, zeigen: Die Vorstellungen der Akteure zur Zukunft der „innovativen Energieregion Lausitz“ reichen von „Weltmarktorientierung“ bis hin zur „Regionalisierung“ und Ausrichtung auf endogene Potenziale. Die Zukunftsfähigkeit des Braunkohletagebaus wird durchaus in Frage gestellt, was aber nur teilweise mit einer Infragestellung gängiger ökonomischer Strukturen und Logiken einhergeht. Ein Teil der befragten Akteure der Lausitz setzt auf die Idee dezentraler Regionalentwicklung und auf eine Abkehr von der primären Weltmarkorientierung. Hierzu haben unter anderem die Erfahrungen der Nachwendezeit mit ökonomischen Großprojekten externer Investoren beigetragen, die vieles versprachen, was dann nicht eingehalten wurde. Dieses Fallbeispiel lässt darauf schließen, dass die schwierige Ausgangssituation in ostdeutschen Regionen die Mehrheitsfähigkeit des Nachhaltigkeitsleitbildes nicht nur verringern, sondern – genau entgegengesetzt - zum Anlass werden kann, alte Leitbilder wie etwa die Vorrangigkeit quantitativen Wachstums zu hinterfragen und sich mit neuen Perspektiven auseinander zu setzen. Die Frage ist nun: Wie müsste ein Leitbild aussehen, das neue und Erfolg versprechende Entwicklungsperspektiven begünstigt und forciert?

Bei näherem Hinsehen impliziert auch die Ostdeutschlandforschung zumindest teilweise eine Abkehr von bekannten Denkmustern und Strategien, ohne dass dies explizit thematisiert wird. Insofern scheint es an dieser Stelle weniger um die Frage des „Entweder – Oder“ oder auch um eine Verknüpfung der beiden Leitbilder zu gehen. Es stellt sich vielmehr die Frage nach einem neuen politikfähigen, operationalisierbaren Leitbild, das möglicherweise (aber nicht notwendigerweise) das Beste aus beiden Ansätzen und Leitbildern integriert. Aus den bisherigen Forschungsergebnissen insbesondere der Nachhaltigkeitsforschung in Ostdeutschland zeichnet sich ab, dass ein solches Leitbild folgende Aspekte berücksichtigen sollte:

Berücksichtigung der ostdeutschlandspezifischen Ausgangslage und Befindlichkeiten

Eine schöpferische Weiterentwicklung und Anpassung des Nachhaltigkeitsleitbildes (Adler et al. 2002; Nölting & Schumacher 2006) muss explizit an die aktuelle Lage und die Befindlichkeiten in Ostdeutschland anknüpfen. Dies würde bedeuten, dass insbesondere die drängenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme und der demografische Schrumpfungsprozess berücksichtigt werden. Nachhaltigkeitsstrategien werden daran gemessen, inwiefern sie zur Bewältigung regionaler Probleme beitragen; insofern sollte auch das Leitbild im Sinne einer „realen Utopie“ konkretisiert und dann operationalisiert werden.

Sichtbarer Realitätsbezug

Sehr wichtig scheint es, keine „blühenden Landschaften“ zu versprechen, sondern „realistische“ Ansatzpunkte und Perspektiven zu wählen, aus denen auch die Nützlichkeit des Leitbildes für die Bewältigung regionaler Probleme hervorgeht.

Bezugnahme auf positive Bilder

Bislang tritt Nachhaltigkeit zu oft nur als Leitbild und Strategie für die Verlierer des Umbruchs in Erscheinung, quasi als „Trostpflaster" für diejenigen, die kaum noch etwas zu verlieren haben bzw. als „Partialkonzept" für diejenigen, die in der „Arbeitsgesellschaft" keinen Platz mehr finden (z.B. Eigenarbeit, wo keine bezahlte Arbeit in Sicht ist). Um einen Bezug zu positiv besetzten Leitbildern zu gewinnen, kommt das Konzept der Lebensqualität infrage. In der Vision einer Gesellschaft, in der ein gutes Leben aus eigener Kraft möglich ist, wird Lebensqualität nicht einseitig anhand der monetären Komponente definiert (vgl. Schäfer, Noelting & Ilge 2003). Die Bedeutung einer eigenständigen Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit darf nicht abgewertet werden. Dennoch zeigen auch die Ergebnisse aktueller Studien, die die Determinanten von Ab- und Rückwanderung in den neuen Bundesländern untersuchen, dass Lebensqualität mehrschichtiger zu definieren ist: „Wenn das Lebensumfeld von der Wohnsituation über Städtebau und kulturelles Leben bis zu Arbeitsplätzen für Partner/innen und wenig attraktive Kitas und Schulen für den Nachwuchs als negativ erlebt wird, kann auch ein Arbeitsplatz nicht locken." (Dienel, Jain & Schmitthals 2005, S. 15)

Stärkere Ausrichtung auf die Themen Arbeit und Soziales

Mit der Berücksichtigung der Themen Arbeit und Soziales an zentraler Stelle bieten sich Ansatzpunkte für Strategien, die auch reproduktive Prozesse wie Versorgung, Pflege, Gemeinwesenarbeit und Ehrenamt integrieren (vgl. Hofmeister & Scurrell 2006). Zukunftsfähige Strategien für Ostdeutschland könnten sich auf die Sicherung menschlicher Existenz, die Erhaltung gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionspotenzials und die Bewahrung von Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten ausrichten - an Stelle einer Orientierung am Bild einer nachholenden Modernisierung nach westdeutschem Vorbild.

Welche Fragen ergeben sich daraus für die Forschung?

- Wie lassen sich Leitbilder und ihre Bedeutung für das Handeln der Akteure am besten erfassen?
- Inwiefern können Akteursanalysen Hinweise darauf geben, wie das Nachhaltigkeitsleitbild für Ostdeutschland und Regionen im Umbruch im Allgemeinen passfähiger gemacht werden kann?
- Welche Rolle spielen Vorbilder, gute Beispiele, „Visionäre" für die Entwicklung und Verinnerlichung neuer, zukunftsfähiger Leitbilder? Was ist die Motivation der Initiatoren nachhaltiger Projekte, „menschlicher Leuchttürme"?
- Wie lässt sich das Leitbild nachhaltiger Entwicklung für die Bewältigung der Probleme in Ostdeutschland operationalisieren?

4 Schlussfolgerungen: Wie können die Spannungsfelder zwischen Ostdeutschland- und Nachhaltigkeitsforschung fruchtbar gemacht werden?

Mit der Ostdeutschlandforschung und der Nachhaltigkeitsforschung „begegnen" sich zwei Forschungsrichtungen, die sich in ihrer übergeordneten Fragestellung und Zielsetzung durchaus gleichen - und die gleichzeitig in ihren Herangehensweisen kaum unterschiedlicher sein könnten. Die Spannungsfelder, die sich durch diese unterschiedlichen Herangehensweisen auftun, aber auch die möglichen Ansatzpunkte für Verknüpfungen und gemeinsame Forschungsfragen und –perspektiven

wurden in den vorangegangenen Kapiteln diskutiert. Welche Schlussfolgerungen sich aus dieser – gerade erst beginnenden, ergebnisoffenen - Begegnung ergeben, soll in diesem Kapitel anhand der folgenden drei Fragen betrachtet werden:

1. Wie können Idee und Grundgedanken der Nachhaltigkeitsforschung die Ostdeutschlandforschung befruchten?
2. Was kann die Nachhaltigkeitsforschung von der Ostdeutschlandforschung lernen?
3. Welche Möglichkeiten bietet eine Verbindung beider Forschungsansätze?

4.1 Impulse für die Ostdeutschlandforschung

Erstens wird die Ostdeutschlandforschung durch die Begegnung mit der Nachhaltigkeitsforschung dazu angeregt, sich explizit(er als bisher) mit neuen, machbaren und wünschenswerten Leitbildern befassen – bzw. die implizit bereits vorhandenen Infragestellungen explizit zu machen und sich aktiv um Alternativen zu bemühen. Die Nachhaltigkeitsforschung stellt die etablierten politischen Zieldefinitionen und Leitbilder in Frage, die der Ostdeutschlandforschung zugrunde liegen: Garantiert ökonomisches Wachstum wirklich eine Verbesserung der Lebensbedingungen? Können „gleichwertige Lebensverhältnisse“ – verstanden als gleicher materiellen Lebensstandard – tatsächlich dauerhaft zu einer Verbesserung der Lebensqualität in Ostdeutschland beitragen? Ist diese Perspektive realistisch? Ist sie auf lange Sicht wünschenswert?

Zweitens verweist die Nachhaltigkeitsforschung darauf, dass Experimente und Ausprobieren eine wichtige Rolle bei der Entwicklung neuer – individueller wie gesellschaftlicher – Lebens- und Entwicklungskonzepte spielen. Um die Charakteristika und Erfolgsbedingungen bereits existierender „Experimente“ zu beschreiben, untersucht die Nachhaltigkeitsforschung die Aktivitäten von Akteuren auf einer – analytischen und gesellschaftlichen – „Mikroebene“. Ziel ist es, bereits vorhandene Ausgangspunkte und Ansätze erfolgreicher Entwicklungspfade („endogene Potenziale“) zu identifizieren. Mit der Wahrnehmung und Analyse existierender Beispiele für neuartige Zukunftsstrategien hat sich die Ostdeutschlandforschung bislang nicht beschäftigt. In der Auseinandersetzung mit der Nachhaltigkeitsforschung ergeben sich folgende Fragen: Was sind die Möglichkeiten – und wo liegen die Grenzen der Regulationsansätze? Könnte die Identifizierung bestehender gesellschaftlicher (Mikro-)Experimente nicht auch für die Ostdeutschlandforschung weiterführend sein? Inwiefern würde dies den Forschungsansatz beeinflussen?

Drittens regt die Nachhaltigkeitsforschung die Ostdeutschlandforschung dazu an, ihren analytischen Blickwinkel daraufhin zu überprüfen, inwiefern dessen Ausweitung über sozioökonomische Fragestellungen und makroökonomische Entwicklungsperspektiven hinaus notwendig und sinnvoll wäre und wie dies aussehen könnte. Wie – mittels welcher Indikatoren - könnten existierende sozioökonomische Experimente erfasst und bewertet werden? Wie beeinflusst dies den Förderbedarf und die Handlungsempfehlungen?

4.2 Impulse für die Nachhaltigkeitsforschung

Die Nachhaltigkeitsforschung wird durch die Ostdeutschlandforschung erstens dazu herausgefordert, stärker als bisher ökonomische Kompetenz und makroökonomische Rahmenbedingungen in ihre Ansätze und Untersuchungen mit einzubeziehen. Bisher formuliert die Nachhaltigkeitsforschung

die Charakteristika und Anforderungen an eine wünschenswerte und zukunftsfähige Wirtschaftsweise sehr allgemein. Sie konzentriert sich stärker auf die Untersuchung konkreter Beispiele von Unternehmen, die Elemente alternativer Entwicklungspfade beinhalten. Existierende Formen nachhaltigen Wirtschaftens, deren Charakteristika und Existenzbedingungen werden beschrieben, um Hinweise darauf zu finden, wie konkrete Ansätze weiterentwickelt und gestärkt werden können. Aus der Begegnung mit der Ostdeutschlandforschung ergibt sich die Anregung, sich stärker damit zu befassen, was die Charakteristika der vorgefundenen erfolgreichen „Experimente" für eine makroökonomische Perspektive – und/oder eine „Theorie des Experimentierens" bedeuten. Und welche Anforderungen ergeben sich daraus an die politischen Rahmenbedingungen?

Zweitens ergibt sich für die Nachhaltigkeitsforschung, dass ihre Analysen, Konzepte und Strategien sich noch wesentlich enger als bisher an ostdeutschen Problemlagen anknüpfen müssen. Bislang interpretiert die Nachhaltigkeitsforschung ihren Anspruch der „Problemorientierung" so, dass Nachhaltigkeitsprobleme untersucht werden. Bei der Operationalisierung des Nachhaltigkeitleitbildes für Ostdeutschland sollte dieser Anspruch weitergehend interpretiert und konsequent darauf geachtet werden, dass Nachhaltigkeitsperspektiven auch regionale Probleme beachten und hierfür Lösungsansätze bieten sollten.

Drittens sollte die Nachhaltigkeitsforschung zukünftig stärker beachten, dass die nach wie vor ausstehende Angleichung der Lebensverhältnisse, insbesondere die in Ostdeutschland gravierend höhere Arbeitslosigkeit, zu einer Ambivalenz führt: Einerseits möchte man keine Experimente mehr, keine Versprechungen wie die berühmten „blühenden Landschaften", jetzt in Form etwa einer „Vorreiterrolle für erneuerbare Energien". Die Skepsis in Ostdeutschland gegenüber „Rezepten", „Visionen" und „großen Projekten", die nach den Enttäuschungen aus der Nachwendezeit resultieren, ist groß. Andererseits sucht man händeringend nach Alternativen, was unvermeidlich mit einem Ausprobieren von Neuartigem, also „Experimenten" verbunden ist. Zu überlegen wäre daher, wie mit diesem Dilemma umgegangen werden kann. Wie könnten akzeptable Experimente und Experimentalbedingungen aussehen?

4.3 Impulse für gemeinsame Forschungsperspektiven

Ein Ansatzpunkt für die Verbindung von Nachhaltigkeits- und Ostdeutschlandforschung besteht in dem Konsens, dass andere Konzepte als die bestehenden „westdeutschen" Konzepte für Ostdeutschland entwickelt werden müssen. Beide Forschungsstränge stellen (wenn auch unterschiedlich explizit) gängige Leitbilder in Frage. Und beide Ansätze stehen vor dem Problem, bislang keine konkreten, konsistenten zukunftsfähigen Entwicklungsstrategien formulieren zu können. Ostdeutschlandforschung wie Nachhaltigkeitsforschung kämpfen insbesondere mit den schlechten Ausgangsbedingungen in Ostdeutschland. Die Frage, wie mit einem so akutem Handlungsbedarf wie derzeit im Osten unter so schlechten Ausgangsbedingungen neue Perspektiven entwickelt werden können, beantworten beide Ansätze bisher nicht zufrieden stellend. Ein weiteres gemeinsames Problem ist dabei, dass neuartige Ansätze innerhalb der bestehenden Rahmenbedingungen bislang kaum zu etablieren sind, da deren Ausweitung bisher immer damit verbunden war, dass das qualitativ Neuartige dieser Ansätze verloren geht.

Wie kann auf diesen Gemeinsamkeiten aufgebaut werden? Wie kann – über die in den vorigen Kapiteln behandelten Anregungen für die beiden Forschungsrichtungen hinaus – eine weiterführende gemeinsame Forschungsarbeit aussehen?

Aufgrund der großen Unterschiede in den Herangehensweisen scheint es nur die zweitbeste – vielleicht auch kaum zu verwirklichende – Möglichkeit, die beiden Forschungsstränge zu einem Ansatz zu verknüpfen. Für eine Verbindung im Sinne einer Verschmelzung sind die Differenzen in der wissenschaftlichen Methode und im gestalterischen Ansatz zu groß. Wesentlich attraktiver erscheint es uns, dass Untersuchungsgegenstände und -perspektiven identifiziert werden, die für beide Forschungsrichtungen interessant sind und die - aus den unterschiedlichen Perspektiven – betrachtet und gemeinsam bearbeitet werden könnten. Folgende Themen scheinen uns besonders geeignet: In der Zusammenführung ergäbe sich ein vollständigeres und damit auch im Hinblick auf Gestaltungsperspektiven aussagekräftigeres Gesamtbild.

- An die gemeinsamen Dilemmata und die in diesem discussion paper dargestellten Forschungsfragen anknüpfend, um die Entwicklung von Lösungsperspektiven für Ostdeutschland voran zu bringen: Die Themen Soziales und Arbeit könnten stärker in den Vordergrund rücken. Hierbei könnte auch die Beschäftigung mit reproduktiven Prozessen, der bisher ausschließlich durch die Nachhaltigkeitsforschung eingebracht wird, integriert und weiterentwickelt werden.
- Eine gemeinsame Fragestellung könnte ferner sein, wie ein Brückenschlag zwischen einer makroökonomischen Betrachtungsweise mit einer akteursorientierten Perspektive auf der „Mikroebene“ gelingen kann.
- Für beide Forschungsrichtungen interessant und weiterführend erscheint ferner die Beschäftigung mit akteurszentrierten (Regional-)Entwicklungsprozessen. Auf einer solchen analytisch und gestaltungsorientiert „mittleren“ Ebene ließen sich die im Rahmen dieses discussion papers dargestellten Themen möglicherweise am vielversprechendsten untersuchen und weiter diskutieren.
- Weiterführend und wichtig könnte es ferner sein, sich gemeinsam auf die Suche nach ökonomisch erfolgreichen und nachhaltigen Projekten zu begeben, Projekten, die das Potenzial besitzen, die regionale Wertschöpfung mit internationalen Marktchancen zu verbinden und lokale und regionale Akteursnetze so an überregionale Strukturen anzubinden, dass der Abfluss von Ressourcen aus Ostdeutschland gestoppt und umgekehrt werden kann.

Die systematische Gegenüberstellung von Ostdeutschland- und Nachhaltigkeitsforschung kann somit ein vollständigeres Bild von den Entwicklungen in Ostdeutschland und auch von den Potenzialen für zukunftsfähige Entwicklungspfade hervorbringen. Die Kombination der Forschungsfragen aus beiden Ansätzen kann damit zur Entwicklung von Lösungsstrategien für Ostdeutschland maßgeblich beitragen – und darüber hinaus Perspektiven bieten für Industriegesellschaften, die sich im Umbruch befinden oder Umbrüche noch vor sich haben.

5 Literatur

Adler, Frank, Blaffert, Susanne, Borner, Joachim, Peters, Ulla, Petschow, Ulrich & Scurrell, Babette (2002): Zukunft der Arbeit und nachhaltiges Wirtschaften: Nachhaltiges Wirtschaften als Lern- und Selbstorganisationsprozess regionaler Akteure. Umsetzung und Wirkung beispielhafter Praxisprojekte in einer altindustriellen Region Ostdeutschlands. Abschlussbericht. Dessau: gefördert vom BMBF.

Berg, Frank (2006). Akteurszentrierte Regionalentwicklung. Vortrag auf dem Kolloquium Ostdeutschlandforschung am Zentrum Technik und Gesellschaft, 17.10.2006.

Berliner Debatte Initial (2006): Zur Lage in Ostdeutschland. In: Berliner Debatte Initial 17 (5/2006), S. 1-96.

Biesecker, Adelheid (2002). Bürgerschaftliches Engagement – (k)ein Allheilmittel für Nachhaltigkeit? In Karl-Werner Brand (Hrsg.): Politik der Nachhaltigkeit – Voraussetzungen, Probleme, Chancen – eine kritische Diskussion. S. 131-144. Berlin: edition sigma.

Biesecker, Adelheid/Kesting, Stefan (2003): Mikroökonomik. Eine Einführung aus sozial-ökologischer Perspektive. München: Oldenbourg.

Biesecker, Adelheid & Winterfeld, Uta v. (2005a): Es gibt keine „richtige" Nachhaltigkeit im „falschen" Denken. Nachhaltigkeit und Existenzsicherung. In: Politische Ökologie 23 (Nr. 94), S. 75-77.

Biesecker, Adelheit & Winterfeld, Uta v. (2005b): Möglichkeitsräume und neue Gesellschaftsverträge. Nachhaltigkeit und Existenzsicherung II. In: Politische Ökologie 23 (Nr. 95), S. 70-72).

Bonas, Ingrid, Büttner, Thomas, Leeb, Annette, Piek, Marion, Schumacher, Ulrike, Schwarz, Claudia & Tisch, Angelika (Hg.) (2006): Gemeinschaftsnutzungsstrategien für eine nachhaltige lokale Entwicklung. München: oekom.

Brand, Karl-Werner (2000): Nachaltigkeitsforschung. Besonderheiten, Probleme und Erfordernisse eines neuen Forschungstyps. In: Brand, Karl-Werner (Hg.): Nachhaltige Entwicklung und Transdisziplinarität. Besonderheiten, Problem und Erfordernisse der Nachhaltigkeitsforschung. Berlin: Analytica (Angewandte Umweltforschung 16), S. 9-28.

Bundesregierung (Hg.) (2004): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2004. Berlin: Bundesregierung.

Bundesregierung (Hg.) (2006): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2006. Berlin: Bundesregierung.

Busch, Ulrich (2002): Mezzogiorno Ost! Na und? In: Berliner Debatte Initial 13 (5-6/2002), S. 144-156.

Busch, Ulrich (2005): Aufbau Ost – Bilanz und Perspektiven. In: Berliner Debatte Initial 16 (1/2005), S. 79-90.

Busch, Ulrich (2006): Gesamtwirtschaftliche Stagnation und zunehmender Transferbedarf. In: Berliner Debatte Initial 17 (5/2006), S. 17-26.

Croissant, Aurel, Lauth, Hans-Joachim & Merkel, Wolfgang (2000): Zivilgesellschaft und Transformation: ein internationaler Vergleich. In: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation. Opladen, S. 9-49.

Dienel, Christiane, Jain, Angela & Schmitthals, Jenny (2005): Rückwanderung als dynamischer Faktor für ostdeutsche Städte. Erster Zwischenbericht.
http://www.nexus-berlin.com/download/Zwischenbericht1_RUE.pdf

Deutscher Bundestag (2002). Bürgerschaftliches Engagement. Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Enquetekommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements". http://dip.bundestag.de/btd/14/089/1408900.pdf

Dohnanyi, Klaus von & Most, Edgar (2004). Für eine Kurskorrektur des Aufbau Ost.
http://www.spiegel.de/media/0,4906,4026,00.pdf

Engler, Wolfgang (2002): Die Ostdeutschen als Avantgarde. Berlin: Aufbau-Verlag.

Forschungsverbund „Blockierter Wandel?" (Hg.) (2007): Blockierter Wandel? Denk- und Handlungsräume für eine nachhaltige Regionalentwicklung. München: oekom Verlag.

Görg, Christoph, Brand, Ulrich (Hg.) (2002). Mythen globalen Umweltmanagements. Rio+10 und die Sackgassen „nachhaltiger Entwicklung“. Münster: Westfälisches Dampfboot (einsprüche 13).

Held, Martin/Hofmeister, Sabine/Kümmerer, Klaus/Schmid, Bernhard (2000): Auf dem Weg von der Durchflußökonomie zur nachhaltigen Stoffwirtschaft. Ein Vorschlag zur Weiterentwicklung der grundlegenden Regeln. In: GAIA 9 (4), S. 257-266.

Hildebrandt, Eckart & Brandl, Sebastian (2002): Zukunft der Arbeit und soziale Nachhaltigkeit. Zur Transformation der Arbeitsgesellschaft vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeitsdebatte. Opladen: Leske + Budrich.

Hofmeister, Sabine & Scurrell, Babette (2006): Annäherungen an ein sozial-ökologisches Raumkonzept. In: GAIA 15/4, S. 275-284.

Jain, Angela & Schmitthals, Jenny (2006): Rückwanderung als dynamischer Faktor für ostdeutsche Städte. Vortrag auf dem Kolloquium Ostdeutschlandforschung, Zentrum Technik und Gesellschaft, 13.06.2006.

Keppler, Dorothee & Töpfer, Eric (2006): Die Akzeptanz und Nutzung erneuerbarer Energien in der „Energieregion“ Lausitz. Ergebnisse einer Fallstudie. ZTG discussion paper Nr. 24/06, Juli 2006.

Kopfmüller, Jürgen, Brandl, Volker, Jörissen, Juliane, Paetau, Michael, Banse, Gerhard, Coenen, Reinhard & Grunwald, Armin (2001): Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet. Konstitutive Elemente, Regeln, Indikatoren. Berlin: edition Sigma.

Land, Rainer (2003): Ostdeutschland – fragmentierte Entwicklung. In: Berliner Debatte Initial 14 (6/2003), S. 76-95.

Land, Rainer (2005): Paradigmenwechsel in der Ostdeutschlandforschung. In: Berliner Debatte Initial 16 (2/2005), S. 69-75.

Land, Rainer (2006): Fragmentierte Wirtschaftsstrukturen zwischen Deindustrialisierung, Stagnation und Innovation. In Berliner Debatte Initial 17 (5/2006), S. 27-38.

Land, Rainer & Willisch, Andreas (2006a). Die Überflüssigen und die neuen sozialen Problemlagen. In: Berliner Debatte Initial 17 (5/2006), S. 39-53.

Land, Rainer & Willisch, Andreas (2006b). Die Probleme mit der Integration. Das Konzept des „sekundären Integrationsmodus“. In H. Bude & A. Willisch (Hg.): Das Problem der Exklusion. Hamburg: HIS Verlag.

Lipietz, Alain (1998): Nach dem Ende des „Goldenen Zeitalters“. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften. Ausgewählte Schriften, herausgegeben von Hans-Peter Krebs. Berlin u.a.: Argument-Verlag.

Luks, Fred (2001): Die Zukunft des Wachstums. Theoriegeschichte, Nachhaltigkeit und die Perspektiven einer neuen Wirtschaft. Marburg: Metropolis Verlag.

Luks, Fred (2006): Das Glück der Nachhaltigkeit und die Nachhaltigkeit des Glücks. In: GAIA 15 (4/2006), S. 249-250.

Müller-Hilmer, Rita (2006): Gesellschaft im Reformprozess. Friedrich-Ebert-Stiftung, TNS Infratest Sozialforschung, www.fes.de/inhalt/Dokumente/061017_Gesellschaft_im_Reformprozess_komplett.pdf

Nölting, Benjamin & Schäfer, Marina (2006a): Bio für den Aufbau Ost. Dynamische Bio-Branche in den neuen Bundesländern. In: Ökologie & Landbau 34 (137; 1/2006), S. 38-40.

Nölting, Benjamin & Schäfer, Martina (2006b): Eine Alternative zum Aufbau Ost? Solidarische Ökonomie und nachhaltiges Wirtschaften in Ostdeutschland. In: Altvater, Elmar & Sekler, Nicola (Hg.): Solidarische Ökonomie. Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac. S. 137-143. Hamburg: VSA Verlag.

Nölting, Benjamin & Schumacher, Ulrike (2006): Visionen auf dem Boden der Tatsachen. Das Konzept nachhaltiger Entwicklung in der ostdeutschen Bewährungsprobe. In: Berliner Debatte Initial 17 (1/2-2006), S. 167-180.

Ohlhorst, Dörte & Schön, Susanne (2007, i.V.): Windenergienutzung in Deutschland im dynamischen Wandel von Konfliktkonstellationen und Konflikttypen. In: Feindt, Peter Henning, Saretzki, Thomas (Hg.), Tagungsreader zu der Tagung „Umwelt- und Technikkonflikte", Gemeinsame Tagung der AK „Umweltpolitik/Global Change" und „Politik und Technik" der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Hamburg, 22./23.4.2005.

Paech, Niko (2005): Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum. Eine unternehmensbezogene Transformationstheorie: Metropolis (Theorie der Unternehmung; 32).

Ribhegge, Hermann (2006): Stärken und Schwächen der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung im Land Brandenburg. In: Berliner Debatte Initial 17 (1-2/2006), S. 156-166.

Rink, Dieter (1999). Mobilisierungsschwäche, Latenz, Transformation oder Auflösung? In: Ansgar Klein, Hans J. Legrand & Thomas Leif (Hrsg.): Neue Soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Rosenfeld, Martin T.W., Franz, Peter, Günther, Juttag, Heimpold, Gerhard, Kawka, Rupert, Kronthaler, Franz & Barkholz, Michael (2004): Innovative Kompetenzfelder, Produktionsnetzwerke und Branchenschwerpunkte der ostdeutschen Wirtschaft. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Wohnungswesen. Endbericht. Halle/Saale: Institut für Wirtschaftforschung Halle, www.iwh-halle.de/projects/bbr/BBR_endbericht.pdf

Rucht, Dieter, Blattert, Barbara & Rink, Dieter (1997). Soziale Bewegungen auf dem Weg zur Institutionalisierung. Zum Strukturwandel „alternativer" Gruppen in beiden eilen Deutschlands. Frankfurt/M.: Campus.

Schäfer, Martina & Nölting, Benjamin (2007): Der Beitrag der Bio-Branche zu „zukunftsfähigem Wohlstand" in der Region. In: Nölting, Benjamin & Schäfer, Martina (Hg.): Impulse für eine nachhaltige Landwirtschaft und Ernährung. Ergebnisse der Sozial-ökologischen Forschung. München: oekom Verlag.

Schäfer, Martina, Noelting, Benjamin & Illge, Lydia (2003): Zukunftsfähiger Wohlstand - Analyserahmen zur Evaluation nachhaltiger Wohlstandseffekte einer regionalen Branche. Berlin: Zentrum Technik und Gesellschaft der TU Berlin, September 2003.

Schön, Susanne, Kruse, Sylvia, Meister, Martin, Nölting, Benjamin & Ohlhorst, Dörte (2007). Handbuch Konstellationsanalyse. Ein interdisziplinäres Brückenkonzept für die Nachhaltigkeits- und Technik- und Innovationsforschung, München: oekom Verlag.

Steinitz, Klaus (2003). Ist Wirtschaftswachstum unverzichtbar? UTOPIE kreativ, H. 148 (Februar 2003), S. 123-135.

Thomas, Michael & Woderich, Rudolf (2006). Regionale Disparitäten und endogene Bildung neuen Sozialkapitals. In: Berliner Debatte Initial 17 (5/2006), S. S. 77-89.

Zu den Autoren

Dr. Benjamin Nölting ist Politikwissenschaftler und arbeitet seit Juni 2002 im Projekt „Regionaler Wohlstand neu betrachtet“ am Zentrum Technik und Gesellschaft (ZTG) der Technischen Universität (TU) Berlin. Er bearbeitet das Teilprojekt „Institutionelle Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Entwicklung der ökologischen Land- und Ernährungswirtschaft“.

Seit Januar 2007 leitet er zusammen mit Dr. Michael Thomas den Innovationsverbund Ostdeutschlandforschung am ZTG. Seit Mai 2007 ist er mit Prof. Dr. Dr. Martina Schäfer Projektleiter des LEADER-Kooperationsprojekts „Regionale Produkte aus Brandenburg“. Von Juni 2003 bis April 2007 koordinierte er das Kompetenznetzwerk zur Agrar- und Ernährungsforschung der Sozial-ökologischen Forschung.

Wissenschaftliche Schwerpunkte: Nachhaltigkeitsforschung, Regionalentwicklung, Agrarpolitik, Umweltpolitik, Ostdeutschlandforschung, Institutionenanalyse, Methoden transdisziplinärer Nachhaltigkeitsforschung.

Kontakt: noelting@ztg.tu-berlin.de
http://www.ztg.tu-berlin.de/Benjamin_Noelting.html

Dorothee Keppler arbeitet seit Oktober 2000 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum Technik und Gesellschaft. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in verschiedenen Themenfeldern der sozialwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsforschung (Erneuerbare Energien, Gender und Nachhaltigkeit, Nachhaltigkeitskompetenzen) sowie in der Evaluation.

Kontakt: keppler@ztg.tu-berlin.de
http://www.ztg.tu-berlin.de/Dorothee_Keppler.html

Dr. Birgit Böhm promovierte 2005 in Psychologie (Dr. phil.) an der Freien Universität Berlin. Sie ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH in Berlin.

2005 – 2006 war sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum Technik und Gesellschaft, TU Berlin, Projekt Innovationsverbund Ostdeutschlandforschung.

Arbeitsschwerpunkte / Kompetenzen: Kooperationsmanagement inter- und transdisziplinärer Projekte, Qualitative Forschungsmethoden, Partizipative Methoden, Personalentwicklung und Gesundheitspsychologie

Kontakt: boehm@nexus.tu-berlin.de
http://www.nexus-berlin.com/Nexus/Institut/mitarbeiter_boehm.html